

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 256 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 5/2016 VOM 29. APRIL 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **1. Mai: Zeit für mehr Solidarität**

Die geheichelte Solidarität des DGB

6 | **Der Bittsteller Bürger**

Straßenbau in Panketal ohne Konzept

13 | **Der »Horch & Guck-Dienst**

Die Internetgesellschaft (Teil 1)

Eberswalde schwimmt im Geld



Laut Haushaltsplan rechnet die Stadt Eberswalde im Jahr 2015 mit Einnahmen in Höhe von 71,0 Millionen Euro, denen 72,7 Millionen Euro Ausgaben gegenüberstehen. Mit dem Nachtragshaushalt beschlossen die Stadtverordneten im März weitere 100.000 Euro an Ausgaben. Resultat ist ein geplanter Fehlbetrag von 1,8 Millionen Euro für das Jahr 2016.

Die Fehlbeträge, so kann im Haushaltsplan nachgelesen werden, sollen sich in den nächsten Jahren sogar noch erhöhen. Prognostiziert sind 2,4 Millionen Euro im Jahr 2017, danach 2,5 Millionen Euro im Jahr 2018 und sogar 4,2 Millionen Euro im Jahr 2019. Dann sind die Rücklagen, mit denen die Fehlbeträge ausgeglichen werden können, aufgebraucht. Die Kommunalaufsicht fordert die Stadt daher regelmäßig zur »schnellstmöglichen Haushaltskonsolidierung« auf. Auch das steht in den beschlossenen Haushaltsunterlagen.

Diese notwendige Haushaltskonsolidierung war in den vergangenen Jahren regelmäßig das Totschlagargument, wenn Stadtverordnete Vorschläge einbrachten, die Geld kosteten. Die langen und kontroversen Diskussionen zur Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen wie auch der Streit um die zusätzlichen Stellen bei der Eberswalder Berufsfeuerwehr sollten da noch in guter Erinnerung sein.

Um so mehr mußte der aktuelle Vorschlag der Stadtverwaltung verwundern, nach dem nunmehr der Stellenplan der sogenannten Kernverwaltung gleich um 10 Stellen aufgestockt werden soll. Das belastet den Stadthaushalt immerhin mit zusätzlichen Kosten von jährlich etwa einer halben Million Euro, künftige Tarifsteigerungen nicht einberechnet.

Zur Frage, wie diese zusätzlichen Kosten finanziert werden sollen, findet sich in der Verwaltungsvorlage kein Sterbenswörtchen. Lediglich mündlich gab es vage Andeutungen, wonach die bislang noch nicht vorgelegten Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 günstiger ausfallen als ursprünglich geplant.

Ganz neu ist das freilich nicht. Bereits im September 2015 informierte der Kämmerer Sven Siebert im Wirtschafts- und Finanzausschuß, daß die Rücklagen aus Überschüssen und aus der Sonderrücklage nach dem vorläufigen Ergebnis von 2013 etwa 27 Millionen Euro umfassen und für 2014 eine weitere Aufstockung der Rücklage um 4,5 Millionen Euro zu erwarten sei (BBP 10/2015). Sehr wahrscheinlich fällt auch das Ergebnis für 2015 deutlich besser aus als im Plan vorgesehen, so daß anstatt des

2,2-Millionen-Defizits ein Überschuß erreicht wird – was dann wohl auch für 2016 erwartet werden kann.

Die Stadt Eberswalde schwimmt also im Geld. Dennoch wurden in den vergangenen Monaten für die meisten städtischen Einrichtungen neue Entgeltordnungen verabschiedet, womit sich die Eintritts- und Nutzungspreise zum Teil deutlich verteuerten (BBP 10 und 11/2015). Fast scheint es, als würden die offiziellen Jahresabschlüsse bewußt verzögert, um den Schein eines defizitären Haushalts aufrecht zu erhalten und so die Gebührenanhebungen rechtfertigen zu können.

Und nun soll – bevor die Stadtverordneten über die zu erwartenden positiven Jahresabschlüsse offiziell informiert sind – das zusätzliche Geld per Stellenplanerweiterung verbraucht werden. Und das im kommunalpolitischen Schnelldurchlauf binnen dreier Wochen.

Wenn mehr Einnahmen zur Verfügung stehen als ursprünglich geplant, dann ist es die Pflicht der Verwaltung, zunächst die Stadtverordneten darüber umfassend zu informieren. Denn über die Verwendung der Mehreinnahmen haben die Stadtverordneten als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden und niemand sonst.

So wünschenswert eine bessere Personalausstattung der Stadtverwaltung sein mag, gibt es doch auch andere Verwendungsmöglichkeiten für die Mehreinnahmen. Neben niedrigeren Gebühren – bis hin zur kostenlosen Nutzung von Kita und Bibliothek – und höheren Investitionen in die Infrastruktur, wie in die Sanierung der vielen maroden Straßen und Wege, könnten beispielsweise auch die städtischen Schulden vorzeitig getilgt oder als wirtschaftsfördernde Maßnahme die Steuern gesenkt werden. Finanzbedarf gibt es an vielen Stellen in der Stadt.

Auf jeden Fall ist es Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung, über die Verwendung der Mehreinnahmen zu entscheiden. Mit der aktuellen Stellenplanänderung, die bereits am 28. April von die Stadtverordneten abschließend abgenickt werden soll, wird dieses Recht vom Bürgermeister usurpiert.

GERD MARKMANN

Rentendiskussion

Von den Parteien der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wird gegenwärtig in der Öffentlichkeit eine gezielte Diskussion über die Renten geführt. Schon jetzt wird deutlich, daß es nicht um grundlegende Veränderungen im Rentensystem und die Korrektur von Fehlern in der Rentenpolitik im Interesse der Rentner, sondern um Schönheitskorrekturen zur Wahlpropaganda zur Bundestagswahl 2017 geht.

Das zeigt sich darin, daß schon jetzt absehbare schwerwiegende Auswirkungen auf künftige Rentner beschönigt werden, obwohl bereits jetzt 500.000 Renten und bis 2030 fast die Hälfte aller Renten unter der Armutsgrenze liegen. Die sogenannte Riesterrente hat bei weitem nicht die Erwartungen der Rentner sondern nur der Versicherungen beim Profit erfüllt und auch die Betriebsrenten reichen nicht aus, um das anstehende Problem zu lösen.

Nachstehend einige Gedanken, um grundlegende Veränderungen in der Rentenpolitik herbeizuführen.

Die gesetzliche Rentenversicherung sollte als die entscheidende Säule der Altersversorgung gestärkt und verbreitert werden. Dazu sollten alle – von Arbeitern und Angestellten über Selbständige bis zu den Beamten und Abgeordneten – ohne Ausnahme in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Damit verbunden sollte die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben und Voraussetzungen dafür geschaffen werden, innerhalb des Systems eine Umverteilung zugunsten niedriger Renten vorzunehmen, um der Altersarmut zu begegnen.

Die Arbeitgeber sollten wieder den gleichen Anteil wie die Arbeitnehmer in die Rentenkasse einzahlen. Das ist auch möglich, weil mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten nicht nur teilweise die Nachteile der Altersstruktur ausgeglichen sondern auch die Kosten gesenkt werden. Das wurde bisher kaum zur Erhöhung der Löhne sondern vorwiegend der Profite der Arbeitgeber genutzt. Staatliche gesetzliche Eingriffe in das Rentensystem und damit die Rentenkasse sollten grundsätzlich aus Steuermitteln finanziert werden. Damit verbunden sollte auch die vorgesehene Senkung des Rentenniveaus rückgängig gemacht werden. Die Kosten dafür könnten durch eine wirksame Vermögens- und Erbschaftssteuer gedeckt werden, die ihren Namen verdienen. Schließlich ist es auch an der Zeit, nach über 25 Jahren nach der Wende die Ostrenten endlich anzugleichen und allgemeine Ankündigungen durch konkrete Schritte schon im Jahre 2017 zu ersetzen.

Die bisherigen Vorschläge der großen Koalition werden deshalb zu Recht von den Gewerkschaften, Sozialverbänden, der GBM und auch der Linkspartei kritisch gewertet und grundlegende Vorschläge zu tatsächlichen Veränderungen unterbreitet. Dafür sollte die volle Unterstützung erfolgen.

Dr. HELMUT KOCH

DGB-Kreisverband Barnim:

Der 1. Mai in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Wie in den Jahren zuvor hat der Deutsche Gewerkschaftsbund, Kreisverband Barnim, gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Parteien und Verbänden, den diesjährigen Kampf- und Feiertag der Werktätigen in Eberswalde geplant und vorbereitet. Der DGB veranstaltet den 1. Mai 2016 unter dem Motto: »VIEL ERREICHT UND NOCH VIEL VOR! – ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT«

Um 9.30 Uhr startet wieder eine Demonstration am Tor des Bahnwerkes in der Eisenbahnstraße 37. Angeführt wird sie von den Spielern des Eberswalder Flötenorchesters. Die Eisenbahnstraße entlang geht es über die Puschkin- und Friedrich-Ebert-Straße zum Eberswalder Marktplatz, wo um 10 Uhr mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden des DGB-Kreisverbands Barnim, Ralf Kaiser, die Kundgebung beginnt. Nach dem Kaiser spricht der König. Der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus der Stadt Eberswalde, Dr. Jan König, überbringt das Grußwort des Bürgermeisters, der selbst wichtigeres vor hat.

Schwerpunkte des DGB sind:

- Integration geht nur gemeinsam, mit gleichen Rechten für alle Beschäftigten!
- Solidarität braucht einen handlungsfähigen Staat!
- Kein Lohndumping, keine Zwei-Klassen-Gesellschaft!
- Die gesetzliche Rente muß gestärkt werden!
- Wir wollen mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt!
- Die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen muß den neuen Herausforderungen angepaßt werden!

»Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus«, betont die Gewerkschaft. »Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspublizisten!«

Die Mai-Rede wird in diesem Jahr vom stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden des DB-Fahrzeuginstandhaltungswerkes Eberswalde, Andreas Hoffmann gehalten.

Weltoffenheit und ein Klima ohne Haß und Gewalt

Bernau (bbp). In einer Presseerklärung verurteilen die Mitglieder des Bernauer Netzwerks für Weltoffenheit das Versenden von Haßpostkarten in Bernau und in anderen Orten. Mehrere Mitglieder von Barnimer Willkommensinitiativen hatten Ende März/Anfang April Postkarten einer rechten Splitterpartei erhalten, die allen, »die einen systematischen Austausch unseres Volkes mit art- und kulturfremden Ausländern vorantreiben« zur »Ausreise ... Richtung Afrika« auffordern. Die Betroffenen erstatteten Anzeige wegen Nötigung.

»Der auf Spaltung und Gewalt zielende rechtsextreme Hintergrund der Absendenden«, heißt es in der Bernauer Erklärung, »zeugt von ihrem armseligen rassistischen Weltbild. Er macht deutlich, wie wichtig es ist und bleibt, geflüchtete Menschen willkommen zu heißen und zu unterstützen

Sowohl die Demonstration vom DB-Werk als auch die Redebeiträge sollen noch einmal die Solidarität der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger beim Kampf um den Arbeitsplatz- und Standorterhalt des Werkes zum Ausdruck bringen. Dank gebührt dem Engagement der Eberswalder Stadtverordneten sowie der Stadtverwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze sowie allen an den Gesprächen mit der Deutschen Bahn beteiligten Akteurinnen und Akteuren. »Seit über ein Jahr bangen alle gemeinsam mit den Beschäftigten des DB-Werkes und deren Familien sowie um das letzte, größere Industrieunternehmen dieser Stadt«, heißt es in der DGB-Mitteilung. Es sehe positiv mit einer Übernahme des Werkes aus, »aber die Gespräche sind noch nicht beendet«.

Weitere Programmpunkte des Tages sind: Livemusik von »Carly Peran«, der bereits mehrmals den 1. Mai in Eberswalde mitgestaltete sowie Darbietungen des Papierkünstlers »Mr. Lo« – er wird auf dem Platz Blumen aus Papier herstellen und zum Abschluß der Kundgebung mit einer Bühnenshow Groß und Klein verzaubern und begeistern. Für die Jüngsten steht auch in diesem Jahr eine Hüpfburg zur Verfügung sowie Kinderschminken, Malen, Popcorn und für die Großen gibt es Segway-Fahren und Teppichcurling. Für das leibliche Wohl sorgen die »Flemsdorfer Haie« mit Getränken und frisch Gegrilltem. Zahlreiche Informationsstände der DGB-Gewerkschaften, von Parteien Verbänden und Willkommensinitiativen sind wie alle Jahre auf dem Platz und erwarten interessierte Gesprächspartner. Die Kundgebung soll um 15 Uhr beendet sein.

– durch ein Lächeln, einen freundlichen Gruß, ein Gespräch, Hilfestellung und durch Widerspruch gegen dumpfe Parolen, gegen Gerüchte und Ablehnung, gegen Haß und Gewalt.«

Das Netzwerk ruft dazu auf, mit bürgerschaftlichem Engagement gemeinsam aktiv zu werden und entschlossen gegen neonazistisches Gedankengut und Handeln einzutreten. »Wehren wir den Anfängen – auch in Bernau! Wir solidarisieren uns mit den persönlich angefeindeten Menschen und möchten alle Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich für Mitmenschlichkeit und Demokratie einzusetzen.«

Das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit engagiert sich seit über 15 Jahren ehrenamtlich über Partei- und Glaubensgrenzen hinweg für ein lebenswertes Klima ohne Gewalt in Bernau und Umgebung.

Die geheuchelte Solidarität des DGB Eklat im Ausschuß

»Zeit für mehr Solidarität« ist das zentrale Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai 2016. Im ehrenamtlichen DGB-Kreisverband Barnim receycelt man im wesentlichen das Programm der Hauptveranstaltung von 2015 auf dem Eberswalder Marktplatz. Für die Stadt Eberswalde geht diesmal im Auftrag des an diesem »Kampf- und Feiertag der Werktätigen« zu huldigenden – aber scheinbar abwesenden – Bürgermeisters Friedhelm Boginski (FDP) sein neoliberaler »Wirtschaftskönig« in die Bütt. Jan König ist bekannt und geschätzt als ein großer »Fan und Verehrer« des gesetzlichen und branchenorientierten Mindestlohnes einschließlich aktiv gelebter betrieblicher Mitbestimmung in klein- und mittelständischen Unternehmen.

In Kenntnis aktueller Entwicklungen ist zu hinterfragen, ob die offizielle Bezeichnung seines Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus noch zeitgemäß ist. Eigentlich müßte es Amt für Wirtschaftsabwicklung heißen. Die Entlassung von mindestens 27 Beschäftigten aus dem Produktionsbereich und weiterer personeller Ausgliederungen im einstigen volkseigenen Betrieb (VEB) Kranbau Eberswalde sollten Anlaß sein, mit der geplanten DGB-Demo bereits eine halbe Stunde vorher beim Kranbau Eberswalde zu beginnen. Das wäre gelebte »Zeit für mehr Solidarität« mit den gekündigten und noch verbliebenen Kranbauern.

2015 nahmen rund 150 Bahnwerker an der Demo teil. Spannend wird sein, wieviele von den verbliebenen Bahnwerkern – die mittlerweile nur noch »zwischen Pest und Cholera« wählen können – aktuell überhaupt noch Bock haben, am 1. Mai zu demonstrieren. Der DGB und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) sowie die regionalen Eliten von CDU, SPD und DIE LINKE feiern die scheinbar bevorstehende Privatisierung des DB-Instandsetzungswerkes Eberswalde durch die Münchener Finanzgruppe Quantum als großen gewerkschafts- und kommunalpolitischen Erfolg. Vor nicht so langer Zeit wurden solche Finanzinvestoren als Heuschrecken bezeichnet.

Daß sich der Bürgermeister im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben für den Erhalt des DB-Standortes eingesetzt hat, gehört zu den Selbstverständlichkeiten, die von ihm erwartet werden konnten. Ähnliches gilt für den Landrat. Es ist lobenswert, daß sie ihre Aufgabe ernst genommen haben. Besondere Huldigungen jedoch sind überflüssig.

Ansonsten sei erwähnt, daß sich die Rituale im Vergleich zu den Vorjahren fast nicht geändert haben. Der DGB-Kreisverband agiert vorrangig als »Konzert- und Gastspieldirektion« für Parteien (SPD und DIE LINKE), Vereine und Initiativen. Erfreulich ist, daß diesmal mit dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden des DB-Instandhaltungswerkes ein Vertreter der in Eberswalde noch minimal vorhandenen Arbeiterklasse offiziell das Wort ergreifen darf.



An der Maidemonstration 2015 nahmen rund 150 Bahnwerker teil.

Einmal im Jahr wird gewerkschaftliche Solidarität offiziell demonstriert und in weiten Teilen geheuchelt. Bei den Beschäftigten kommt davon aus objektiven aber durchaus auch subjektiven Gründen nicht viel an. Glücklicherweise können sich noch jene, die ihren Job in öffentlichen Verwaltungen, deren Einrichtungen und Betriebe oder in größeren Unternehmen haben. Demgegenüber sind in den meisten kleinen und mittleren Unternehmen gewerkschaftliche Vertretung oder Betriebsräte nie gehörte Fremdwörter.

Wer nimmt sich »Zeit für mehr Solidarität« für das große Heer der Langzeiterwerbslosen, der prekär Beschäftigten und der vielen Menschen, die bei uns Zuflucht vor Krieg, Terror und Not suchen?

In den meisten DGB-Gewerkschaften, auch im Kreisverband Barnim, werden sie als soziale Randgruppen vorwiegend geduldet und zum Teil ertragen, in den seltensten Fällen unterstützt. Von gelebter gewerkschaftlicher Solidarität ist da wenig zu spüren. Von Sprechblasen haben die Menschen die Nase voll. Gewerkschaftliche Forderungen sind für die Region konkret ziel- und ergebnisorientiert, unmißverständlich und solidarisch zu formulieren. Und dies nicht nur alibihafte am 1. Mai eines jeden Jahres. Diese Forderungen hörte ich in vielen Gesprächen mit streikenden Gewerkschaftsmitgliedern während der zahlreichen Tarifauseinandersetzungen 2015 in der Region.

Einen Vorteil hat die DGB-Veranstaltung in der Barnimer Kreisstadt auf alle Fälle. Man hat die Chance, die haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftselite, einschließlich den stets mitgliederfreundlich agierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Geschäftsstellen der DGB-Einzelgewerkschaften, fast in geschlossener Formation erleben zu können. Viele Gewerkschaftsmitglieder haben tatsächlich nur einmal im Jahr diese Möglichkeit.

Die Bernauer müssen übrigens mit ihrer traditionellen Maiveranstaltung auf die Bürgermeisterstraße ausweichen (Seite 16). Den Marktplatz vor dem Rathaus hat die von einem LINKEN Bürgermeister angeführte Stadtverwaltung für ein kommerzielles Volksfest vermietet.

CARSTEN ZINN (ver.di, seit fast 42 Jahren Gewerkschaftsmitglied)

Panketal (bbp). Am 18. April tagte der Ortsentwicklungsausschuß (OEA) Panketal. Es wurden u.a. als Tagesordnungspunkte 17 und 18 zwei Beschlußvorlagen zum Straßenausbau von der Verwaltung Panketal und der Fraktion »Unabhängige Grüne« verhandelt. Die Bitte, die beiden Tagungsordnungspunkte zum Straßenausbau vorzuziehen, auch unter dem Gesichtspunkt, daß nahezu das gesamte Bauamt anwesend war, lehnte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit der Linken und der SPD ab.

Liane Reinecke von der Bürgerinitiative Neu-Buch (BiNe) empfand es als Schikane, daß »die anwesenden Bürgerinitiativen und Bürger der Dinge harren« mußten, zumal die Einwohnerfragestunde am Sitzungsanfang stattfand und die Diskussion der genannten Tagesordnungspunkte zu vorgerückter Stunde ohne Bürgerbeteiligung erfolgte. »Ein Dialog zwischen anwesenden Bürgern und Gemeindevertretern war so kaum möglich. Unfaßbar auch, was wir erfahren haben. Trotz Appelle der anwesenden Bürger, ihre persönlichen und politischen Differenzen endlich beizulegen, wurde es wieder laut, ein Gemeindevertreter sollte sogar auf Antrag eines anderen des Saales verwiesen werden. Wie lange müssen wir Bürger uns das noch bieten lassen?«

Die Diskussion zur Verwaltungsvorlage wurde schließlich ohne Beschlußempfehlung beendet. Der Antrag der »Unabhängigen Grünen«, den die Fraktion gemeinsam mit der Expertengruppe »Leitlinien Straßenbau und Entwässerung« (LeiSE) erarbeitet hatte, wurde zwecks Überarbeitung der Begründung an die Antragssteller zurückverwiesen. Wie der LeiSE-Sprecher Heinz-Joachim Bona informierte, sind die »Leitlinien Straßenbau und Entwässerung« inzwischen auf Grundlage des Vorentwurfs vom August 2015 ehrenamtlich und für die Gemeinde kostenlos fertiggestellt worden und stehen allen Interessierten zur Verfügung. »Bleibt zu hoffen«, so Bona, »daß die weiteren Diskussionen zwischen unserer Expertengruppe und der Gemeinde auf sachlich fachlicher Ebene geführt werden können.« (siehe auch Seite 6)

Festplatz am Schwanenteich

Anknüpfend an die erfolgreiche Aktion »Sauberswalde« auf dem Vereinsgelände in der Altenhofer Straße in Finow startet der Stadtteilverein Finow e.V. am 30. April einen weiteren Aufräum- und Verschönerungseinsatz. Der Arbeitseinsatz beginnt um 10 Uhr.

Über Ihre tatkräftige Unterstützung freuen wir uns! Für das leibliche Wohl aller Helfer wird selbstverständlich gesorgt.

Am 21. Mai öffnet am gleichen Standort der 1. Flohmarkt seine Türen. Interessenten können sich bereits jetzt anmelden (vorsitzender@stadtteilverein-finow.de oder 0171/7677001). Die Krönung der aktuellen Aktivitäten erleben Sie am 9. Juli, wenn ab 17 Uhr unser »Sommerfest im STADTTEIL FINOW« stattfindet.

VIKTOR JEDE und RONNY FÖLSNER

Der Alternativ-Vorschlag

Eberswalde (bbp). Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE hat wenige Tage vor der Stadtverordnetenversammlung am 28. April, die laut Willen der Verwaltung im Schnellverfahren über eine deutliche Erweiterung des Stellenplans der Stadtverwaltung entscheiden soll, einen Änderungsantrag vorgelegt, durch den der Verwaltungsvorschlag in vier Punkten korrigiert werden soll:

1. Die im Bürgermeisterbereich neu geschaffene Stelle »Beteiligungsverwaltung« wird ... dem Amt 80 Wirtschaftsförderung zugeordnet. Die entsprechende Stelle im Amt 17 Steuerungsdienst (künftig SG Organisation im Amt 10) entfällt ersatzlos. Für die Sachgebietsleitung Organisation wird keine neue Stelle geschaffen. Stattdessen wird eine der bisherigen Sachbearbeiter/innen-Stellen mit den Aufgaben der Sachgebietsleitung betraut.

2. Die Stelle 01.12.003 Sachbearbeiter/in im SG Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird nicht wieder besetzt und entfällt ersatzlos.

3. Die Aufgaben und Sachbearbeiterstellen des Amtes 18 »Projektstab Beschäftigungsförderung« werden dem Amt für Wirtschaftsförderung zugeordnet. Die Stelle des Amtsleiters 18 wird nach Ausscheiden des gegenwärtigen Stelleninhabers nicht wieder besetzt...

4. Die Ämter 10 Hauptamt und 30 Rechts- und Personalamt werden zusammengelegt. Die frei werdende Amtsleiterstelle wird auf das Amt 15 Bürgeramt/Statistik und Wahlen übertragen. Die Neuschaffung der dortigen Amtsleiterstelle kann somit entfallen.

In der Begründung trägt die Fraktion u.a. vor, daß mit der Zuordnung der »Beteiligungsverwaltung« zum Wirtschaftsförderungsamt eine bessere Abwesenheitsvertretung erreicht werden kann. Die zuletzt häufig vorgekommene Überschreitung der Frist zur Vorlage des städtischen Beteiligungsberichtes könne so künftig vermieden werden. Die Stelle des Amtsleiters für Wirtschaftsförderung gehöre mit der Einstufung E14 zu den am höchsten bewerteten Amtsleiterstellen in der Stadtverwaltung. Dem stehe gegenüber, daß das Amt über nur 4 Mitarbeiter verfügt. Eine Aufwertung des Amtes durch die Übernahme der Leitungsverantwortung für eine größere Zahl an Mitarbeitern sei daher anstrebenswert. Dem diene auch die Zuordnung der 4 Mitarbeiter der Beschäftigungsförderung zum Amt.

Ähnliche Konstellationen hinsichtlich der hohen Qualifikation und Einstufung des Amtsleiters (A15) und der geringen Mitarbeiterzahl (2) gibt es auch beim bisherigen Rechtsamt. Die Zusammenlegung mit dem Hauptamt würde der Bedeutung des mit Dezernentengehalt bestückten Amtsleiters besser entsprechen.

Die Pressestelle verfügt über eine gut ausgebildete und hochkompetente Pressesprecherin, die bereits seit einem halben Jahr sehr gut allein klar kommt. Die zweite Mitarbeiterstelle in der Pressestelle könne daher ersatzlos gestrichen werden.

Alternatives Wählerbündnis Eberswalde fordert:

»Stellenplan in die Ausschüsse«

Eberswalde (bbp). Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE hat die Stadtverordneten aufgefordert, die Verwaltungsvorlage zur Erweiterung des Stellenplans der Stadtverwaltung zur weiteren Diskussion in die Fachausschüsse zu verweisen. Wegen der übergreifenden Bedeutung schlägt die Fraktion zwei weitere Lesungen in der Stadtverordnetenversammlung mit einer Beschlußfassung im Juni vor.

Die beabsichtigte Änderung des Stellenplans bedeute einen grundlegenden Richtungswechsel in der Finanz- und Personalpolitik der Stadt Eberswalde mit weitreichenden Auswirkungen auf den Haushalt, die weit über das aktuelle Haushaltsjahr hinausgehen. Dies erfordere eine umfassende und gründliche Beratung, die auch für die Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar sein müsse.

Die vorgesehenen Stellenerweiterungen betreffen die Zuständigkeitsbereiche fast aller Fachausschüsse. Daher sollten diese Ausschüsse in der Beratungsfolge berücksichtigt werden.

Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen hatte der Ausschußvorsitzende Danko Jur am 14. April die Behandlung eines Antrags auf Vertagung verweigert. Der sachkundige Einwohner Gerd Markmann hatte moniert, daß die Beschlußvorlage mit ihren weitreichenden Folgen den Ausschußmitgliedern erst mit deutlicher Verspätung zugänglich gemacht wurde. Eine Umsetzung der Vorlage bedeute eine Abkehr von der bisherigen Priorität der permanenten Aufgabenkritik und des langjährigen Sparbemühens von Stadtverordneten und Stadtverwaltung hin zu einer Ausweitung der Stellenzahl auch in der Kernverwaltung. »Mithin soll hier ein Paradigmenwechsel stattfinden, der einer umfassenden und gründlichen Beratung in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung sowie der transparenten Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde bedarf.«

Im AWF wurde die Verwaltungsvorlage schließlich mit 4 zu 4 Stimmen abgelehnt. Neben Carsten Zinn (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) stimmten die beiden SPD-Abgeordneten Viktor Jede und Lutz Landmann sowie der bündnisgrüne Stadtverordnete Karl-Dietrich Laffin dagegen, während die beiden CDU-Vertreter Danko Jur und Winfried Bohn sowie Jürgen Wolff (DIE LINKE) und Götz Trieloff (FDP) mit Ja votierten. Irene Kersten (DIE LINKE) und Conrad Morgenroth (Bürgerfraktion Eberswalde) enthielten sich der Stimme. Eine Woche später stimmten im Hauptausschuß CDU, DIE LINKE, FDP, Bürgerfraktion und der Bürgermeister mehrheitlich für den Stellenplan. Die beiden Gegenstimmen kamen von Carsten Zinn und Ringo Wrase (SPD), während sich der zweite SPD-Vertreter Hardy Lux und Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) der Stimme enthielten.

Als Reaktion auf die Abstimmung im Hauptausschuß reichte die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde wenige Tage vor der Stadtverordnetenversammlung noch einen Änderungsantrag zum Stellenplan ein, für den Fall, daß ihr Verweisungsantrag keine Mehrheit findet.

Erfahrungen der roten Oma

Friedliebende, fleißig, ehrliche Menschen sind wertvoller als Gold, Silber und alle Edelsteine der Welt. Macht-, Geld-, Profitgierige sind Störfaktoren im menschlichen Zusammenleben.

Waldorf-Kita soll Zuschuß erhalten

Gemeinsame Beschlußvorlage in der Stadtverordnetenversammlung

Eberswalde (bbp). Mehrere Fraktionen haben sich dem Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeschlossen, die »Unterstützung des Projektes Waldorfkindergarten in Eberswalde« zu unterstützen. Bis Redaktionsschluß hatten sich die Fraktionen ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE und DIE LINKE offiziell als Miteinreicher gemeldet.

Im Mittelpunkt der Vorlage, die nach Beratung in den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport sowie Wirtschaft und Finanzen am 26. Mai in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll, steht die Zusage der Stadt, die Waldorfkita im alten Schulgebäude in der Biesenthaler Straße einen Zuschuß als Defizitausgleich zu gewähren, obwohl die Kita noch nicht im Kitabedarfsplan des Landkreises gelistet ist. Die Kreisverwaltung fordert vor der Aufnahme erstmal ein zuschuffreies erstes Be-

triebsjahr. Angesichts erheblicher Investitions- und Betriebskosten gerade in der Vorbereitungs- und Startphase, kann dies der Trägerverein WALDORFPÄDAGOGIK BARNIM E.V. nicht leisten. Trotz des erheblichen Bedarfs an Kitaplätzen droht das Projekt daher zu scheitern.

Die Kita soll im September für 29 Kinder seine Pforten öffnen. Sie ist der erste Waldorfkindergarten im Landkreis Barnim. Bis 2017 soll die geplante Kapazität von 38-40 Kitaplätzen in zwei Gruppen ausgelastet sein. Eine große Zahl verbindlicher Anmeldungen liegt bereits vor. Außerdem gibt es eine Warteliste weiterer interessierter Eltern.

Mit der Zusage des Defizitausgleichs durch die Stadt könnte Ende Mai der Startschuß für den Umbau und die Eröffnung gegeben werden. Für die vier Betriebsmonate 2016 besteht ein Bedarf von 37.000 Euro.

Nahverkehrsplan

Eberswalde (bbp). Die Bauverwaltung im Eberswalder Rathaus arbeitet derzeit intensiv an Ideen zur Umsetzung des Barnimer Nahverkehrsplans 2017-2026 in der Stadt Eberswalde. Sowohl die Kreisverwaltung als auch die Barnimer Busgesellschaft sind offen für eine gute Lösung im Interesse der Stadt. Seitens der Stadtverwaltung befaßt sich der Mitarbeiter des Stadtentwicklungsamtes Sören Bauer sehr engagiert mit dem Thema. Baudezernentin Anne Fellner erwartet für den Sommer/Herbst 2016 belastbare und funktionierende Fahrpläne, die zum gegebenen Zeitpunkt im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt vorgestellt werden.

Weniger Angebote am OSZ II

Eberswalde (bbp). Das Oberstufenzentrum II in Eberswalde, das ist die kommunale Berufsschule, reduziert sein Angebot. Immer weniger Berufe werden hier angeboten. Wie der Eberswalder Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König auf Nachfrage von Carsten Zinn (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) in der März Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen informierte, ist dafür die Landeschulbezirksverordnung verantwortlich, die eine Mindestklassenstärke zwingend vorschreibt. Inzwischen betrifft das die Berufsausbildung der Zimmerer, Straßenbauer, Fleischer, Fachverkäufer, Holzbearbeitungsmechaniker sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Baugrundstücke vermarktet

Eberswalde (bbp). In Finow und in Nordend hat das städtische Liegenschaftsamt in den vergangenen Jahren insgesamt 27 Baugrundstücke vermarktet und dabei mehr als 230.000 Euro erwirtschaftet. Wie Amtsleiterin Birgit Jahn am 12. April im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt informierte, errichteten im Wohnpark Finow auf einer Fläche von 10.306 Quadratmetern 16 Häuslebauer ihr neues Eigenheim bei durchschnittlichen Quadratmeterpreisen von 56 Euro. Damit boten sie 1 Euro mehr als das Mindestgebot vorsah. Für die Entwicklung des Baugebiets setzte die Stadt 467.000 Euro ein, so daß hier ein Überschuß von 110.000 Euro erreicht wurde. Die Entwicklungszeit beanspruchte vier Jahre. Die Vermarktung aller 16 Grundstücke dauerte drei weitere Jahre. Etwa ein Viertel der Eigenheime wurde von Neu-Eberswaldern bezogen.

Auf dem 8.218 Quadratmeter großen Baugebiet Akazienstraße/Poratzstraße in Nordend fanden 11 Baugrundstücke Platz. Hier lag der erzielte Durchschnittspreis mit 47,40 Euro unter dem in Finow, aber 2,40 Euro über dem geforderten Mindestgebot von 45 Euro. Der Erlös überstieg hier die Aufwendungen von 390.000 Euro um 121.000 Euro. Bei nur einem Jahr Entwicklungszeit dauerte die Vermarktung auch hier drei Jahre, wobei sich meist Eberswalder hier ein neues Zuhause errichteten.

Ein großer Verlust

Zum Tod von Gert Schramm

(25.11.1928 - 18.04.2016)

Gert Schramms Tod ist ein großer Verlust - für seine Familie und Freunde, für Eberswalde und in der Arbeit für eine friedlichere Welt. Ein aufrechter Mensch und Zeitzeuge fehlt uns nun.

Wir trauern um Gert Schramm als einen innerlich starken Menschen, dessen Leben massiv bedroht war durch rassistischen Wahnsinn. Er ließ sich dadurch aber nicht beirren, ging aufrecht seinen Weg und berichtete 2011 in seinem Buch »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann« anschaulich über sein Leben in Deutschland.

Als Sohn von Marianne Schramm und Jack Brankson (einem Schwarzen Stahlarbeiter aus Kalifornien mit kubanischen Wurzeln, dessen Spuren sich auf dem Weg in das KZ Auschwitz verlieren) wurde er in Erfurt geboren und wuchs in Thüringen auf. Mit 14 Jahren verhaftete und mißhandelte ihn die Gestapo nur wegen seiner Hautfarbe. Im KZ Buchenwald ließen sie ihm die Häftlingsnummer 49489 in die Haut brennen. Ohne die Solidarität anderer Häftlinge hätte er die Schrecken des KZ nicht überlebt.

Seit 1964 lebte und wirkte Gert Schramm in Eberswalde, arbeitete in Bau- und Transportbetrieben, dann als selbständiger Taxiunternehmer. Er war ehrenamtlich aktiv in der Feuerwehr und in anderen Vereinigungen im Ort.

1990 endete in der Nacht zu Gert Schramms 62. Geburtstag eine rassistische Hetzjagd auf Schwarze in Eberswalde für Amadeu Antonio im Koma, aus dem dieser nicht mehr erwachte. Gert Schramm widersprach rassistischen Aussagen und rechtsextremen Tendenzen auf der Straße, im Betrieb und im Taxi, als Zeitzeuge in Schulen und Jugendklubs. Ihm war wichtig, daß gerade auch die Jüngeren erfahren, was in Deutschland möglich war - und bleibt, wenn dem Haß und der Gewalt zu leise widersprochen wird.

Auch darum arbeitete er bis zuletzt als Mitglied des Beirats ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald für das Erinnern und unterstützte das Gedenken an Amadeu Antonio in Eberswalde. Im Dezember 2015, am Tag der Menschenrechte besuchte er im Amadeu-Antonio-Haus die Lesung »Mein Weg vom Kongo nach Europa« mit dem Aktivist Emmanuel Mbolela, in dem es um Fluchtgründe und -bedingungen heute geht.

Im April 2014 ehrte Deutschland Gert Schramm mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande. In seiner Dankesrede dazu erinnerte er an den Schwur, den er als Überlebender des KZ Buchenwald am 19. April 1945 geleistet hatte, und der ihn verpflichtete, sich einzusetzen für Frieden und Freiheit und dafür, daß die Schuldigen für nationalsozialistisches Unrecht einer gerechten Strafe zugeführt werden. »Bis zu meinem Lebensende werde ich diesem Schwur folgen«, versicherte er und fügte hinzu: »Ich widme meine Aufklärungsarbeit der Jugend unseres Landes. Denn sie ist der Garant der Zukunft.«

Wir sind dankbar für einen so wahrhaftigen, aufrechten und aktiven Menschen.

Gert Schramm lebte 87 Jahre, 4 Monate und 24 Tage. Er überlebte die mörderische Diktatur, die ihn ausschließen und umbringen wollte, um mehr als 70 Jahre. Rest in peace.

Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

AUGUSTO JONE MUNJUNGA für den Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V., Eberswalde
STEFFEN EHLERT und DEVRIM BARAN DINCER für »Light me Amadeu«, Eberswalde
FLORIAN GÖRNER für das Jugendbündnis F.E.T.E. (Für ein tolerantes Eberswalde)
DIETER GADISCHKE und HEINRICH OEHME für die Evangelische Jugendarbeit Barnim
AUSTEN P. BRANDT für Phoenix e.V. – Für eine Kultur der Verständigung, Duisburg



»Maßnahmepapier« zur Teilhabe am Leben

Eberswalde (bbp). Per Informationsvorlage hat die Stadtverwaltung Anfang April den Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) über ein »Maßnahmepapier zur Teilhabe von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen am gesellschaftlichen Leben in der Stadt Eberswalde« informiert. Eine Beratung dazu soll es in der AKSI-Sitzung am 3. Mai geben.

Dies war der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AFW) zu wenig und zu vage. Sie beantragte daher die zusätzliche Behandlung der Vorlage in den Mai-Sit-

zungen des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, des Ausschusses Wirtschaft und Finanzen sowie der Stadtverordnetenversammlung. Verwundert zeigt sich die Fraktion darüber, daß mehrere in dem Maßnahmepapier vorgeschlagene Maßnahmen bereits Inhalt der Beschlusvorlage zur Änderung des Stellenplans sind, der nach dem Vorschlag der Verwaltung bereits im April beschlossen werden soll. Dies widerspreche sich mit der Information, wonach »ab Mai 2016 die ... Beratung zum Maßnahmepapier« erfolgen soll.

SPD Ortsverein Finow:

Vorstandswahl

Am 13. April wählten die Mitglieder des SPD Ortsvereins Finow turnusmäßig einen neuen Vorstand für die nächsten zwei Jahre. Es waren 52% der Mitglieder anwesend. Der Stadtverordnete RINGO WRASE wurde mit 87% der Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt.

JÖRG MROZEK, der seit 2006 die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden innehatte, verzichtete aus beruflichen Gründen auf eine erneute Kandidatur und bewarb sich als Beisitzer. Für die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden schlug Jörg Mrozek MARIO CHUDOBA vor, welcher dem Vorstand bisher als Beisitzer angehörte und Mitglied im Personalrat der Kreisverwaltung Barnim ist. VICTOR JEDE, Vorsitzender des Stadtteilverein Finow e.V. wurde von einem Mitglied vorgeschlagen. Mario Chudoba setzte sich mit einem Stimmenanteil von 53,3% durch.

Als Kassierer wurde SASCHA GLÜCK mit 93% der Stimmen wiedergewählt. Neuer Webmaster und Schriftführer wurde HEIKO SCHULT. Er erhielt ebenfalls 93% der Stimmen. Als weitere Beisitzer wurden FRANZISKA ARNDT mit 100%, ECKHARD SCHUBERT und JÖRG MROZEK mit jeweils 87% Stimmenanteil gewählt. Außerdem wurden zwei Revisoren und die Delegierten für den Unterbezirksparteitag am 05.11.2016 gewählt. Die Leitung der Zählkommission übernahm der Vorsitzende des SPD Ortsvereins Eberswalde JÖRG ZAUMSEIL.

Die Ergebnisse sind auf unserer Ortsvereins-homepage www.spd-finow.de unter dem Menüpunkt Ortsverein nachlesbar.

HEIKO SCHULT

WerkStadtEW

Am 28. April ab 19 Uhr findet die zweite Veranstaltung der neuen wandelBar-Reihe im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in der Puschkinstraße 13 statt.

Diesmal geht es thematisch um »Wege zu regionalen & fairen Lebensmitteln«. Begriffe wie »Nachhaltigkeit« und »Fair-Trade-Stadt« werden in Eberswalde oft verwendet, aber wie sieht es in der alltäglichen Praxis aus? Wir lassen Menschen zu Wort kommen, die entsprechende »Wege« schon gehen. Auch im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um Gewerbegebiete auf der »Grünen Wiese« (Finowfurt) ist das Thema spannend.

Dazu zeigen wir den Film »Die Strategie der krummen Gurken«. Mit dabei sind Anne Wiedemann vom Eberswalder Regionalladen Krumme Gurke, Anja Hradetzky vom Hof Stolze Kuh in Stolzenhagen, Jakob Sehmsdorf vom Netzwerk solidarische Landwirtschaft, Vertreter der Initiative Gemeinsam Landwirtschaften (GeLa Eberswalde) sowie vom Eberswalder Weltladen.

DOWAN (für die wandelBar-Initiative)

Der Bittsteller Bürger

Der Straßenbau in Panketal ist ein Desaster, das haben nicht nur die Bürger des TEG IV - Teilentwässerungsgebiet IV in der Gemeinde Panketal erfahren. Zahlreiche Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren, Bürgeranträge, diverse Petitionen begleiten den Panketaler Straßenausbau seit 2005. Denn die Gemeinde hat kein Konzept zum Straßenbau.

Jedem Konzept liegt eine analytische Tätigkeit zu Grunde. Auf Fragen der Bürgerschaft, ob es Erhebungen zum Verkehrsablauf, zu Verkehrstechnik- und Organisation, ob es Vorstellungen zur Lenkung der Verkehrsströme gibt – womit nicht nur der Pkw- und Lieferverkehr gemeint ist, sondern vor allem auch der Fußgänger- und Fahrradverkehr zählt – wo wir doch eine Gartenstadt-Gemeinde sind, ob es eine Kosten-Nutzen-Analyse gibt und ob diese Erhebungen mit den Mitteln der Optimierung geführt wurden, auch im Sinne der Bürgerschaft, wird nicht geantwortet. Weder in den Bürgerfragestunden seitens der Gemeindevertreter, noch seitens der Verwaltung.

Dies läßt für die Bürgerschaft nur den Schluß zu, daß die Gemeinde konzeptionslos agiert, was zwangsläufig den Unmut der Anwohner hervorruft. Denn sie sind es, die überdimensionierte Straßen mit ihren Kostenbescheiden und Steuern bezahlen. Feststellen mußten die Bürger des TEG IV auch, daß offensichtlich mit dreierlei Maß gemessen wird. So verkündet die Verwaltung, daß es gute Erfolge in der Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen gibt, deren Hinweise und Ratschläge in die Planungen eingearbeitet wurden, um dem Bürger entgegenzukommen. Entgegen steht dem allerdings, liebe Verwaltung, daß es Bürger in unserer Gemeinde gibt, die ihre Straßen selbst bauen dürfen, anderen Bürgern Zugeständnisse gemacht wurden, aber den Bürgern der Goethestraße bisher jedes Gespräch verweigert wurde.

Über deren Köpfe hinweg mit dem Wissen um zwei Petitionen hat die Gemeindevertretung einen Beschluß zum Straßenausbau gefaßt, der für die Anwohner nicht einmal ansatzweise akzeptabel ist.

Namenswettbewerb

Bernau (bbp). Die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bernau hat einen öffentlichen Wettbewerb beantragt, um Namen für die neuen Wohngebiete am Schönfelder Weg und an der Schwanebecker Chaussee zu finden. Die Planung beider Wohngebiete auf dem Gelände der ehemaligen Heeresbekleidungsämter sei bereits weit vorangeschritten. Sehr viele Menschen werden hier eine neue Heimat finden, die dann auch einen ansprechenden Namen haben sollte. Die Linken möchten eine möglichst breite Beteiligung an der Namensfindung und schlagen daher einen öffentlichen Wettbewerb vor.

Die Bürger wollen einen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Straßenausbau, der den Bedürfnissen der Anwohner der Gemeinde und unserem Gartenstadt-Charakter entspricht und nicht in erster Linie den Pkw-Verkehr favorisiert. Dominieren heute noch Fußgänger und Radfahrer sowie der normale Anliegerverkehr auf unseren Straßen, wird künftig der Durchgangsverkehr das Bild unserer Gartenstadt maßgeblich prägen.

In was hat sich unsere Gemeinde da hineinmanövriert? Unsere Straßen werden immer größer, immer breiter, immer teurer, immer sinnloser. Wir holzen bedenkenlos unsere Bäume ab, bis es zum Stopp durch die Untere Naturschutzbehörde kommt.

Dieses Desaster zu beenden, liegt in der Verantwortung unserer Gemeindevertreter, aber leider macht eine politische Gemeinschaft jede Bemühung zunichte. Der Stimmenmehrheit der Linken und der SPD haben wir es zu verdanken, daß immer mehr Bürger auf die Barrikade gehen. Nun wollen wir keinen Krieg anzetteln, aber wir möchten doch unsere Volksvertreter an ihre Wahlversprechen erinnern.

Linke: *Garantie kommunalpolitischer Arbeit für Gemeinwohl und Bürgerinteressen – Bewahrung des gartenstädtischen Charakters Panketals – Förderung von Naturschutz und ökologische Maßnahmen – Förderung des bürgerlichen Engagements – Einbeziehung der Bürger bei Grundfragen der Ortsgestaltung, bei Straßen- und anderen übergreifenden Baumaßnahmen – verantwortungsvolle Abwägung von Einzelinteressen ...* (Die Linke Wahlprogramm 2014-2019)

SPD: *Die Gestaltung des Lebens in der Gemeinde liegt in der Verantwortung der Panketaler Bürger – die Bürger wollen wir in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse aktiv einbeziehen – es ist wichtig, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhalten, kein Teil darf abgekoppelt werden, denn der tiefere Sinn des Lebens liegt im Miteinander – die Beteiligung der Bürger ist eine wichtige Grundlage für die Entscheidungen im Ort ...* (Kommunalpolitisches Programm der SPD 2014-2019).

LIANE REINECKE,

Bürger Initiative BINE Neu Buch

Linke wählt Kreisvorstand

Werneuchen (bbp). Für den 30. April hat der Barnimer Kreisvorstand der Partei Die Linke zu einer Mitgliederversammlung nach Werneuchen eingeladen. Auf der Tagesordnung steht eine Rede des Kreisvorsitzenden Sebastian Walter mit anschließender Generaldebatte. Außerdem werden der Kreisvorstand und die Kreisfinanzrevisionskommission neu gewählt. Einen Antrag zur Verwaltungsstrukturreform wurde den Parteimitglieder vorab zugeschickt. Die Kreismitgliederversammlung findet im »Adlersaal« der Stadt Werneuchen (Berliner Allee 17-18) statt und beginnt um 10 Uhr. Das Veranstaltungsende ist gegen 14 Uhr geplant.

380kV-Freileitung:

Verantwortung wahrnehmen!

RESOLUTION der Städte Angermünde und Eberswalde, der Gemeinde Mark Landin im Amt Oder-Welse, der Gemeinde Chorin im Amt Britz-Chorin-Oderberg, der Ämter Joachimsthal und Biesenthal-Barnim, des NABU-Brandenburg und der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016 zum Planfeststellungsbeschuß zur 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«):

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 21.1.2016, den Planfeststellungsbeschuß für »rechtswidrig und nicht vollziehbar« zu erklären, erfordert es, nun endlich eine sozialverträgliche und umweltgerechte Lösung dieses seit 2007 andauernden Konflikts herbeizuführen, der die Entwicklung unserer Region stark belastet. Dabei sollten auch die gesundheitlichen Risiken für die Trassenanlieger stärker als in der bisherigen Planung und im Planfeststellungsverfahren berücksichtigt werden.

Das BVerwG hat zentrale Grundlagen des Planfeststellungsbeschlusses für rechtswidrig erklärt: Einerseits die Behauptung, die Leitung könne nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung der durchquerten Schutzgebiete führen und andererseits die Aussage, daß der Rückbau der 220kV-Freileitung als Minimierungsmaßnahme der Belastungen durch die 380kV-Freileitung zu bewerten sei.

Noch gar nicht befinden konnte das Gericht über eine den europarechtlichen Anforderungen genügende Alternativenprüfung zur Entlastungsmöglichkeit der Schutzgebiete, denn eine derartige Untersuchung liegt bis heute nicht vor. Der Maßstab dieser Prüfung nach § 34 Abs. 3 BNatSchG ist weitaus strenger als alles, was von 50Hertz bisher vorgelegt wurde.

Dabei wird auch zu berücksichtigen sein, daß inzwischen an vielen Stellen in Deutschland die Möglichkeiten einer teilweisen Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen zur Vermeidung von Trassenkonflikten genutzt werden.

Ein einfaches »Weiter so« kann es nach rund 10 Jahren Fehlplanung, vor der wir immer gewarnt haben, nicht geben. Damit wäre die nächste juristische Auseinandersetzung besiegelt und der Leitungsneubau voraussichtlich für weitere Jahre blockiert. Dabei gibt es mit dem Einsatz von Erdkabeln auf Teilen der Trasse oder mit einer Umtrassierung durchaus eine Chance zur Lösung des Konflikts.

Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts muß nun die Politik zur Konfliktlösung beitragen. Das EnLAG wurde seit 2009 wiederholt novelliert und die Landesregierung hat es versäumt, hier im Interesse Brandenburgs tätig zu werden.

Wir appellieren deshalb an die Landesregierung, den Kabinettsbeschuß der Regierung Platzeck vom 26.8.2008 wieder aufzugreifen und sich intensiv für eine Aufnahme der sogenannten Uckermarkleitung in den Katalog der Erdkabel-Pilotprojekte des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) einzusetzen.

Die Ende 2015 vorgenommenen Änderungen im EnLAG sehen im § 2 Abs. 2 Nr. 3 u. Nr. 4 bei den Pilotprojekten Kriterien für eine Erdverkabelung vor, durch die eine Kollision des Netzausbaus mit dem Naturschutz vermieden werden soll und kann. Diese Kriterien betreffen genau die Gesichtspunkte der Unverträglichkeit einer Freileitung, die nun zur Rechtswidrigkeit der Uckermarkleitung geführt haben. Um diese Regelungen auf die »Uckermarkleitung« anwenden zu können, ist es erforderlich, dieses Leitungsprojekt in den Katalog der Pilotprojekte zur Erdverkabelung aufzunehmen. Hier sollte die Landesregierung die entsprechenden Änderungen beim Gesetzgeber anregen.

Wir appellieren eindringlich an die Landesregierung, ihre Verantwortung dafür wahrzunehmen, daß die Erfordernisse einer sicheren Stromversorgung und des Natur- und Landschaftsschutzes und der Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Planung ist so auszurichten, daß all diesen Erfordernissen entsprochen wird. Deshalb sollten unter der Moderation der Landesregierung Vertreter aus den Ressorts für Wirtschaft und für Umwelt- und Naturschutz, Vertreter der betroffenen Kommunen, des NABU-Brandenburg, der Bürgerinitiative und des Vorhabenträgers an einen Tisch gebracht werden, um gemeinsam eine Konfliktlösung zu finden.

Übergabe am 27. April

Am 27. April wurde die Resolution der von der Trasse betroffenen Gebietskörperschaften, des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu) und der Bürgerinitiative im Ministerium für Wirtschaft und Energie (MWE) überreicht. Die an den Ministerpräsidenten gerichtete Resolution sollte ursprünglich bereits in der zweiten Märzwoche in der Staatskanzlei überreicht werden. Aber die Staatskanzlei informierte erst am 16. März darüber, daß das MWE für die Entgegennahme zuständig sei. Das MWE ließ sich auch Zeit, bis es uns einen Termin angeboten hat. Wir regen an, daß ein runder Tisch eingerichtet wird. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist eine politische Lösung angezeigt. Der Ministerpräsident sollte sich mal seiner Verantwortung stellen. Die alten Wege der Einflußnahme von 50 Hertz sind ja wohl ausgelatscht und nicht mehr gangbar.

Umdenken, umschwenken – erdverkabeln in sensiblen Bereichen!

HARTMUT LINDNER,
Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom –
keine Freileitung durchs Reservat

Grüße aus Rostow am Don

Unsere lieben deutschen Freunde!

Am 6. April ist der Tag der Einheit unserer Länder. An diesem Tag sind wir zusammen!

Uns vereint die Heldentat, die von den sowjetischen Fliegern BORIS KAPUSTIN und JURI JANOW im Himmel über Berlin, schon vor 50 Jahren begangen wurde.

Die Zeit vergeht wie im Flug. Und nur Erinnerung ist fähig, die Ereignisse des April 1966 in unserem Herzen zu bewahren. Wir danken Euch sehr dafür, daß Ihr an die Heldentat der Flieger erinnert. Diese Heldentat ist ein großes Beispiel von Mut, Menschenliebe und Selbstaufopferung im Namen des Schutzes der Hauptstadt Deutschlands. Denn die Rettung der Einwohner des friedlichen Berlins war selbst das eigene Leben der Flieger wert.



Galina Kapustina am 6. April 2016 gemeinsam mit Verwandten und Freunden am Grab ihres Mannes in Rostow am Don. (siehe auch S. 10)

An diesem Tag erinnern wir gemeinsam, erzählen wir über die bemerkenswerten Helden, ehren ihre Heldentaten und sagen ihren Verwandten und Nächsten gute Worte.

Wir wünschen Euch an diesen Frühlingstagen einen reinen blauen Himmel, eine strahlende warme Sonne und ein glückliches Leben auf dem friedlichen Planeten »Erde«.

Mit Hochachtung vor Ihnen

Der Chef des Hauses der Offiziere der südlichen Militärbezirks Rußlands VIKTOR LASCHENKO

Der Chef des militär-hist. Museums des südlichen Militärbezirks SERGEJ STORTSCHAK

*Museumsführerin MARINA ANTIPOVA
und GALINA KAPUSTINA*

Stadt Rostow am Don, 5. April 2016

(Übersetzung aus dem Russischen)

Vergeßt sie niemals!

Am Ehrenmal im Wald von Altenhof denken wir der von Deutschen brutal ermordeten Sowjetsoldaten! Erweisen Sie ihnen mit uns die Ehre am **7. Mai 2016 um 10 Uhr**.

In der anschließenden Beratung, zu der wir Sie zu 11 Uhr herzlich einladen, wird uns Bildmaterial die neue Gefahr verdeutlichen.

KARL BLÄTTERMANN
KPD-RO Barnim/Märkisch Oderland

»Ein positives Signal für die Regionalentwicklung«

Mit dem Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW) sollen Kooperationen aus Städten und deren funktional verknüpften Umland geschaffen werden. Dafür stehen insgesamt 213 Millionen Euro aus den Europäischen Investitions- und Strukturfonds (ESI-Fonds) zur Verfügung. Mit großer Freude stellte der Vorstand der SPD-Kreisfraktion fest, daß annähernd ein flächen-deckender SUW-Ansatz im gesamten Landkreis – mit Ausnahme der Stadt Werneuchen, die sich per Beschluß selbst ausgeschlossen hat – erfolgreich umgesetzt werden konnte. So hat die Stadt Eberswalde als Leadpartner gemeinsam mit den Kooperationspartnern der Ämter Biesenthal-Barnim, Britz-Chorin-Oderberg, Joachimsthal sowie der Gemeinde Schorfheide mit dem Projekt: »Grün. Clever. Gemeinsam. Perspektiven für Lebensqualität aller Generationen gemeinsam gestalten« 20 Millionen Euro als Förderung erhalten. Bernau bei Berlin (Leadpartner) kann sich gemeinsam mit den Gemeinden Ahrensfelde, Panketal und Wandlitz über 13,57 Millionen Euro für »Metropole und Naturraum – Regionalentwicklung im Niederbarnim« freuen.

Durch den SUW konnten jedoch nicht nur finanzielle Mittel gewonnen werden. Nach Einschätzung von Brigitte Brandenburg (Stellv. Vorsitzende der SPD-Kreisfraktion) wird gerade in Bezug auf das anspruchsvollste Projekt der Zukunft im Mittelbereich Eberswalde, die Weiterentwicklung des Finowkanals eine vertrauensvolle, verbindliche und gleichberechtigte interkommunale Zusammenarbeit unabdingbar.

Martin Ehlers (Kreistagsabgeordneter für das Amt Biesenthal-Barnim und die Gemeinde Schorfheide) verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf den vorhandenen Konflikt um das geplante Fachmarktzentrum in Finowfurt und ist überzeugt, daß der gewonnene Wettbewerb die Kommunikation verbessern wird und die Chancen für ein gemeinsames Einzelhandelskonzept steigen. Uwe Voß (Kreistagsabgeordneter für Panketal) sieht den guten Geist der sich aus der Zusammenarbeit zur Vorbereitung des Wettbewerbsbeitrages im Mittelbereich Bernau entwickelt bereits wirken und aus seiner Sicht haben sich die Gespräche und Abstimmungen zwischen Bernau und Panketal

in den letzten Monaten deutlich verbessert und sind eine gute Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit.

Daß der Mittelbereich Bernau zu den Gewinnern zählt liegt insbesondere an den bereits gefestigten Kooperationsstrukturen der interkommunalen Zusammenarbeit im Naturpark Barnim und im Regionalpark Barnimer Feldmark. Der Mittelbereich Bernau verfügt mit dem Naturpark Barnim über das einzige länderübergreifende Großschutzgebiet des Landes Brandenburg und mit der Barnimer Feldmark über den seit mittlerweile 20 Jahren erfolgreich tätigen Regionalpark in Berlin-Brandenburg. Projekte wie die Radwegeverbindung zwischen Blumberg und Bernau oder die Etablierung eines Netzwerkes der Landschaftsparkes können jetzt umgesetzt werden.

Somit läßt sich abschließend feststellen, daß der Kreis Barnim nun nicht nur um einige wichtige Fördergelder, sondern auch um wichtige positive Erfahrungen in der interkommunalen Kooperation reicher ist.

TORSTEN JERAN, Fraktionsvorsitzender
SPD im Kreistag Barnim

Aufruf zur Spendenaktion

»Sommerkleidung für Flüchtlinge«

Der Sommer kommt näher, und unser Wohlfahrtsverband ruft zum zweiten Mal zur Unterstützung für Flüchtlinge auf. »Wir helfen Flüchtlingen. Und du?« In enger Abstimmung mit der Stadt Eberswalde rufen wir alle Mitglieder und Mitarbeiter der Volkssolidarität auf, sich an der Spendenaktion »Sommerkleidung für Flüchtlinge« zu beteiligen (Sachspenden). Dringend gebraucht werden: Frühjahrs- und Sommerkleidung für Männer, Frauen und Kinder, verschließbare Taschen, Reisetaschen, Rucksäcke.

Bitte helfen Sie mit! Ihre Spenden erbitten wir bis 20. Mai in die VS-Geschäftsstelle Eberswalde. Ihre Sachspenden überreichen wir hilfebedürftigen Flüchtlingen in einer separaten Übergabeaktion in einer Einrichtung der Stadt Eberswalde.

KERSTIN MAIER

Saisoneroöffnung mit »BMX Jam«



Mit einem »BMX Jam« eröffneten die BMX- und Skate-Sportler vom Verein »Young Rebels« am 2. April die diesjährige Saison im Fun- und Skaterpark beim »Club am Wald« zwischen Lausitzer und Senftenberger Straße im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde.

Foto: Young Rebels e.V.

Neuer Koordinator

Der Evangelische Kirchenkreis Barnim beauftragt Carsten Lange aus Basdorf für die nächsten zwei Jahre mit der Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten in den Kirchengemeinden. Am 24. April wurde er in der Eberswalder Maria-Magdalenen-Kirche für diese Arbeit gesegnet. Gleichzeitig wird die bisherige Beauftragte, Pfarrerin Annette Flade, verabschiedet. Die Pfarrerin im Ruhestand aus Groß Schönebeck engagierte sich über viele Jahre in der Arbeit mit Geflüchteten im Kirchenkreis Barnim und darüber hinaus und war seit Juli 2015 kreiskirchliche Beauftragte für Flüchtlingsarbeit im Barnim.

TINO KOTTE

Erste Kinderklimaschutzkonferenz

Eberswalde (prest-ew). Am 12. Oktober 2016 findet die erste Kinderklimaschutzkonferenz in Eberswalde statt. Das Sachgebiet Bildung lädt an diesem Tag alle Kindertagesstätten der Stadt von 9 bis 11 Uhr in die Hufeisenfabrik im Familiengarten ein. »Klimaschutz ist eine sehr wichtige Aufgabe. Das Bewußtsein für dieses Thema sollte so früh wie möglich geschaffen werden. Mit der Kinderklimaschutzkonferenz wollen wir die Kleinsten für den Schutz der Umwelt sensibilisieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Realisierung des städtischen Klimaschutzkonzeptes leisten«, so Kerstin Ladewig, die Leiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde.

Die Kinderklimaschutzkonferenz richtet sich an Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren. Durch Experimente, Kreativangebote und anschauliche Vorstellungen sollen sie kindgerecht erfahren, warum der Schutz des Klimas wichtig ist und was dafür getan werden kann. Wer sich auf der Konferenz mit tollen Beispielen und Ideen einbringen möchte, kann sich bis Ende Mai im Amt für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde melden (Tel.: 03334/64401, eMail: a.bessel@eberswalde.de).

Parallel zur Klimaschutzkonferenz gibt es auch eine Sonderausstellung im Rathaus. Ab dem 7. Oktober wird Kunst aus Naturmaterialien zum Thema Klimaschutz gezeigt.

»Revolution mit bloßen Händen«

Biesenthal (bbp). Am 12. April zeigte der Kulturbahnhof Biesenthal den Film von Regisseur Hans-Georg Eberl, der persönlich anwesend war und nach der Filmvorführung mit den Gästen sprach. Der Film entstand als Koproduktion von Deutschland und Burkina Faso. Es ist ein Film über Burkina Faso. Burkina Faso heißt »Land der aufrechten Menschen« und liegt in Westafrika. Es hat ca. 18 Millionen Einwohner.

»Revolution mit bloßen Händen. Burkina Faso« ist ein filmisches Dokument der Erinnerung an den Volksaufstand im Oktober 2014 gegen das diktatorische Regime von Blaise Compaoré, der bereits seit 27 Jahren an der Macht war und viele politische Gegner, Aktivisten und Journalisten hat umbringen lassen.

Machen wir ihnen den »Götz«!

Darf man Arschloch, Scheiße oder Furz sagen? Aber gewiß.

Das kommt oft vor, wie jeder, der nicht an sprachlicher Verklemmtheit leidet, aus dem Alltag weiß. Es wäre schlechthin lächerlich (bzw. man könnte sich beipissen), riefte ein Unglücksrabe aus: Oh, jetzt bin ich in einen Haufen Stuhl getreten. Als ich mal im Eberswalder Tierpark lustwandelte, war ein Raubtier gerade dabei, seine »Notdurft« zu verrichten. Eine Schulklass aus der höheren Unterstufe sah das Unglaublich-Normale, und die Schöler und Schölerinnen kicherten amüsiert. Die Lehrerin, ganz sprachliches Vorbild, kommentierte: »Der Tiger löst sich, er kotet«.

Trotzdem werden die Kinder zu Hause von einem Tiger erzählt haben, den sie beim Kacken beobachteten. Man soll den zivilisierten Umgang mit unserem geliebten Deutsch nicht übertreiben, aber man muß natürlich auch wissen, was sich geziemt. Es gibt Anlässe, die einen kräftigen Fluch erlauben oder sogar provozieren, es gibt ungeschriebene Regeln, die das abhängig von Ort und Anlaß, verbieten. Und es muß was mit dem Typ, mit dem Wesen des Sagenden zu tun haben. Unvorstellbar, daß sich Jöching Gauck, der sanfte Greis im hohen Amt, rednerisch ähnlich aufführte wie der hemsärmelige Franz Josef Strauß, der mit Bierzeltvokabeln um sich schmiß. Obwohl, man darf ja auch unzüchtige Vorstellungen haben, es vergnüglich und sensationell wäre, entflechte Gaucken, vielleicht nach einem Stolpern beim Paradeabschreiten, ein herzhaftes Himmelsarschundzwirnen.

Zu den Regeln, den ungeschriebenen, gehört auch die Einhaltung gewisser stilistischer Normen im Pressewesen, sofern es sich um Tatsachenmeldungen handelt. Mehr oder minder sorgsam registriert und kritisiert man Verstöße gegen die »politische Korrektheit« gerade gegenwärtig und verweist auf Begriffe im Kontext mit der Flüchtlingsfrage. Von einem Flüchtlingsproblem zu reden, ist schon suspekt, Flücht-

Am Film haben Protagonisten des Aufstandes mitgearbeitet und zeigen die Orte, an denen die Revolution stattfand. Sie erzählen über die Motivation des gewaltlosen Aufstandes, der mit dem Rücktritt des Diktators endet.

Der Film stellt die Frage nach Motivationen und Gründen in den Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie in den Erinnerungen an vorausgegangene Kämpfe der letzten Jahrzehnte. Frauen, Männer und Jugendliche haben sich in diesem »Schwarzen Frühling« ohne Waffen zu einem »Nein« gegen ein diktatorisches und hoch militarisiertes Regime erhoben, in der Überzeugung, daß eine entschlossene Bevölkerung im Stande ist, gegen jede noch so große Übermacht zu siegen.

lingsflut (Vorsicht! Bedrohung!) geht gar nicht, Zustrom zu schreiben, ist erlaubt, Zuwanderer hört sich nach Waldspaziergang an. Immerhin spiegelt die Debatte um begriffliche Angemessenheit eine Unruhe, die den Gemeinten helfen möge.

An eine andere Sorte stilistischer Verhöhnung hat sich die geeignete Leserschaft deutscher Tages- und vor allem Regionalzeitungen leider längst gewöhnt. BILD lassen wir aus hygienischen Gründen weg – ein Blick in die Regionalpresse tut es auch. Wer speziell an Meldungen aus dem kriminellen Bereich interessiert ist, dem wird auffallen, daß in den Lokalredaktionen die Ansicht um sich greift, über Gaunereien könne man auch in der Sprache der Gauner schreiben. Kurzum – man macht sich gern gemein mit der Halb- und Unterwelt. »Ehefrau abgestochen...«, »Bungalow abgefackelt...«, »Tresor geknackt...«, »Moped geklaut...«, »Rentner abgezockt...«, »Bullen gelinkt...«, »Oma ausgetrickt...«, »Pensionswirt erfolgreich ausgenommen...«, »Raubüberfall geglückt...«, »Ex-Komplizen mit drei Schuß erledigt...« und so weiter.

Setzt man dieser Ernte einer einzigen Woche – gefunden in drei Tageszeitungen – die noble Art und Weise gegenüber, mit der von den wirklich großen Verbrechen berichtet wird, können einem schon absonderliche Vermutungen unterkommen. Der berühmte Steuerbetrüger Ulrich H. aus Bayern zum Beispiel hat betrogen, aber nicht abgezockt, er hat auch nicht ausgetrickt und mußte nicht in den Knast, sondern ins Gefängnis. Dem Schein nach verbale Kleinigkeiten, in denen aber auch so etwas wie Respekt mitschwingt.

Vielleicht sollten wir die Vertreter dieser Schmuddelsprache mit einem freundlichen Angebot überraschen und sie also auffordern, uns »im« Arsch zu lecken, wie es – anders als in der Überlieferung – in Goethes »Götz« (exakt zitiert) tatsächlich heißt.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Ausstellung bei »Palanca«

Eberswalde (bbp). Anlässlich des »Tag des offenen Ateliers« präsentiert der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. am 7. und 8. Mai, jeweils von 10 bis 17 Uhr, eine Ausstellung mit Bildern von Alberto Jerez. Begleitet wird die Ausstellung durch es einen kleinen Kunsthandwerkmarkt mit offenen Angeboten zum Mitmachen (Anmeldung: wieland.jerez@gmx.de).

Am 21. Mai ist dann Afrika-Tag. Ab 13 Uhr gibt es einen Vortrag über Kamerun. Beim anschließenden Essen stehen selbstverständlich Spezialitäten des Landes im Mittelpunkt. Nach dem Kamerun-Tag stehen am 28. Mai Somalia und am 2. Juni Informationen über Kenia (»Madaraka Day Kenia«) auf dem Programm.

2. Hafenfest am Finowkanal

30. April · 10 Uhr · Eberswalde Stadtpromenade
Maritime Fanfare, Abschlußarbeiten zum Finowkanal, Solarbootvorführung, Eröffnung Schleusensaison, Shanty-Chor, Flößerverein, Fritz Derkow Maritim, Die Schwärzefüße – ComedyBluesBand aus Eberswalde.

Richtlinie wird überprüft

Eberswalde (prest-bar). Die Bernauerin Kerstin Kühn (vormals Mutz) wird künftig als Ombudsfrau im Landkreis Barnim agieren. Darauf verständigten sich die Mitglieder des Kreisausschusses in ihrer jüngsten Sitzung. Das Betätigungsfeld der Rechtsanwältin ist die »Richtlinie zur Bestimmung der Angemessenheit für die Kosten der Unterkunft«, die vom Kreistag bereits vor einigen Jahren beschlossen wurde.

Diese bildet die Grundlage für die Entscheidungen zur Anerkennung der angemessenen Nettokaltmiete im gesamten Landkreis. Allerdings sei es vor allem im berlinnahen Raum mitunter schwierig, für diese Kaltmiete geeigneten Wohnraum zu finden, räumt Barnims Sozialdezernentin Silvia Ulonska ein. »Aus diesem Grund hat der Kreistag in die Richtlinien nun eine Ausnahmeregelung eingefügt, wonach im Einzelfall die Angemessenheit um bis zu 12 Prozent nach oben korrigiert werden kann.«

Kerstin Kühns Aufgabe ist es nun, Widersprüche gegen die Entscheidung zur Anerkennung der Höhe der Nettokaltmiete zu beurteilen und für die zuständige Behörde Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. »Für den Bürger prüft künftig also eine unabhängige Person, ob es sich um einen Härtefall handelt und die Ausnahmeregelung angewendet werden kann«, nennt Silvia Ulonska die Vorteile.

Unabhängig vom Einzelfall hat Kerstin Kühn in den kommenden Monaten zudem den Auftrag, zu klären, ob die angewandte Verfahrensweise in der Praxis umsetzbar ist oder ob für die kommenden Jahre eine grundsätzliche Überarbeitung der Richtlinie benötigt wird. Bereits im Herbst dieses Jahres soll es in Abstimmung mit dem zuständigen Fachausschuß für Gesundheit, Senioren und Soziales eine Evaluierung der Verfahrensweise geben.

Es ist festzustellen: Landesregierung Brandenburg, drei Instanzen Verwaltungsgerichte und gar das Landesverfassungsgericht haben gegen das Rückwirkungsverbot verstoßen und damit den gebotenen Vertrauensschutz mißachtet. Mit Anwendung eines von willfähigen »Landes«-Juristen selbst gezimmerten, in Teilen grundgesetzwidrigen Kommunalabgabengesetzes haben sie – so das Bundesverfassungsgericht – offensichtlich gesetzeswidrig gehandelt, mehr als zehn Jahre lang.

Das ist nun vorbei! Gesetzeswidrige Bescheide sind aufzuheben, dürfen nicht mehr vollzogen werden und widerrechtlich erpreßte Beiträge sind zurückzuzahlen. Dabei geht es nicht nur um sogenannte Altanschlößer (d.h. Anschlüsse vor 1990). Keine der im Landtag vertretenen Parteien, von einzelnen mutigen Abgeordneten abgesehen, die dafür später abgestraft wurden, hat auch nur ansatzweise versucht, dieses gesetzeswidrige Handeln anzuprangern oder gar zu verhindern. Das Gegenteil ist der Fall! Es ging den Parteien als getreuen Vasallen der Landesregierung immer nur um die »Einnahmesituation der Aufgabenträger«. Vernunft bei Investitionen, also etwa Entscheidung zwischen zentralen und dezentralen Lösungen nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten, war kein Thema. Zentrale Großanlagen und flächendeckende Kanalschließung wurden, oft extrem überdimensioniert, als Dogma mit Brachialgewalt durchgesetzt. Davon profitierten Planungs- und Bauunternehmen und vor allem die Banken als Kreditgeber. Nicht erst später hat sich ein großer Anteil dieser angeblichen »Investitionen in die Zukunft« als Fehlplanung erwiesen. Vernünftiger fachlicher Rat wurde von Anfang an mit Fleiß ignoriert, der Profit hatte Vorrang!

120. Dienstags-Demo

Bernau (bbp). Am 26. April fand bereits die 120. Dienstags-Demo der Bürgerinitiative Wasser-Abwasser im Gebiet des WAV »Panke/Finow« für die Umstellung auf die Gebührenfinanzierung bei der Abwasserentsorgung auf dem Platz vor dem Bernauer Steintor statt. So lautete dann auch das Motto der 120. Demo: »100-%ige Gebührenfinanzierung auch im Abwasserbereich«.

Die Redebeiträge richteten die Aufmerksamkeit auf die Versuche der Landesregierung und der Mehrheit der Bernauer Stadtverordneten, die Verantwortung für die ungerechtfertigten Beitragsforderungen von sich zu weisen. Desweiteren ging es um Aussagen des Landeswasserverbandstages zum Umgang mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts gegen die rückwirkende Festsetzung von Kanalschlußbeiträgen. Ein zweiter Schwerpunkt war eine Auseinandersetzung mit der heutigen Sicht des WAV »Panke/Finow« auf anstehende Investitionen. Vor der Demo gab es wie immer den »Wassertisch« für Einzelgespräche und Erfahrungsaustausch.

Mächtig daneben

von Johannes Madeja

Nachfolgende Anmerkungen beziehen sich auf den Beitrag »Was ist gerecht?« von Margitta Mächtig (MdL, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Landtages), veröffentlicht in der Märzangabe der Zeitung der LINKEN für den Barnim »Offene Worte« . Ich habe sie der Redaktion der »Offenen Worte« gar nicht erst angeboten, einfach weil ich aus Erfahrung weiß, daß »Offene Worte« für offene Worte – jedenfalls wenn sie wehtun – keinen Platz haben.

Bezahlen muß ja immer der Bürger! Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie von 1991 wurde erst sechs Jahre später, als Sanktionen drohten, in Landesrecht überführt! Trotzdem wurde sie niemals umgesetzt! Als die Bürger anfangen, sich gegen die Kostenexplosion zu wehren und die Verschuldung der Aufgabenträger unerträglich geworden war, spielte uns die Landesregierung »Überraschung« vor.

Es war ein Landtagsabgeordneter der Partei DIE LINKE (damals hieß sie noch PDS), der dazu bereits 1995 sagte: »Die Landesregierung kann nicht überrascht sein, denn sie ist ja der Verursacher!« Es ist mehr als bedauerlich, daß die LINKE heute keinen Abgeordneten dieses Formats mehr hat. Jetzt, mehr als 20 Jahre später, tun alle, Landesregierung und Landtagsfraktionen, wieder überrascht, weil das BVerfGer endlich Recht gesprochen hat.

Glaubten sie wirklich, daß das höchste deutsche Gericht ihnen ihren Unrechtskurs bestätigt? Jetzt tun sie ganz unschuldig und lassen die Aufgabenträger, die nur nach den grundgesetzwidrigen Vorgaben der Landesregierung gehandelt haben, im Regen stehen. Man kommt sich vor wie in einem Waschsalon, aber die schwarzen Flecken auf den niemals weißen Westen wollen einfach nicht verschwinden.

Jetzt wird »Mächtig« gefaselt von Gerechtigkeit, von reichen Grundeigentümern, deren Häuser durch einen Kanalananschluß angeblich viel wertvoller geworden sind (diese Falschbehauptung ist durch eine klare Urteil des Bundesfinanzhofs längst vom Tisch!) und armen Mietern, die nichts, aber auch gar nichts besitzen und nun die Anschlüsse der »Reichen« mitbezahlen sollen und von den vielen vielen auch so verschiedenen Fallkonstellationen und davon, daß man nun Juristen braucht, die das alles gründlich aufarbeiten. Das sollen dieselben Juristen sein, die uns das alles eingebrockt haben und die dafür vom BVerfGer nun kräftig abgewatscht wurden. Von denen haben wir nichts, aber auch gar nichts zu erwarten, am allerwenigsten gesetzeskonforme oder gar gerechte Lösungen!

Gerechtigkeit beginnt damit, daß man gesetzeskonform handelt, die Menschenrechte achtet und Menschenrechtsverletzungen nicht zuläßt, Verletzungen jedenfalls schleunig heilt. Wer hier versucht, zu verzögern, der macht daraus eine »Mächtig«-unendliche Geschichte und handelt erneut rechtswidrig!

Der »Offene Worte«-Artikel »Was ist gerecht?« von Margitta Mächtig ist im Internet zu finden unter: www.die-linke-barnim.de/fileadmin/barnim/docs/ow-0316.pdf

Ehrendes Gedenken zum 50. Jahrestag

In der gegenwärtigen Zeit, in der vor allem Geschichte umgeschrieben, verschwiegen oder gefälscht wird, ist es wichtig, besondere Ereignisse und ihre humanistische Wertung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

So hatten sich am 6. April 2016 Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und Sympathisanten sowie Gäste aus Potsdam und Bernau auf dem neu gestalteten Garnisonsfriedhof in der Heergemühler Straße in Eberswalde getroffen.

Die Gedenkveranstaltung war dem 50. Jahrestag des sowjetischen Flugzeugunglücks mit den Piloten Hauptmann Boris Kapustin und Oberleutnant Juri Janow gewidmet. Sie waren mit ihrer damals hochmodernen Jak-28 gerade vom Flugplatz Finow zu einem Überführungsflug gestartet und befanden sich über Westberlin, als plötzlich die Steuerung des Flugzeuges ausfiel. Statt sich mit dem Schleudersitz zu retten, versuchten die sowjetischen Piloten eine Notlandung im Stößensee in Westberlin. Sie wollten den Absturz des sonst führerlosen Flugzeuges über dichtbesiedeltem Wohngebiet

in Westberlin und damit den Tod vieler Menschen verhindern.

Die Stadt Eberswalde ließ zu Ehren dieser beiden sowjetischen Offiziere eine Marmortafel mit einem Erinnerungstext an die mutige Tat anfertigen, die nun enthüllt wurde. Der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft lud anschließend für weitere Informationen und zum Gedankenaustausch in den Gemeinschaftsraum der Volkssolidarität Schwärzetal in der Brunnenstraße 24 ein.

Der Vorsitzende Waldemar Hickel zeigte Bilder und Dokumente aus der Zeit vom 6. April 1966 bis heute, was die Teilnehmer mit großer Aufmerksamkeit verfolgten. Sein Dank galt auch der Witwe von Boris Kapustin und für ihre Freundschaft. »Außenbotschafterin« Nonna Iwaschtschenko hatte Galina Kapustina herzliche Glückwünsche zu ihrem 81. Geburtstag überbracht. Sie berichtete vom Gedenken gemeinsam mit den Familien, den Kindern und bereits schon mit den Enkeln in Rostow am Don und anderswo.

WILHELM LANGE und KARL DIEDRICH

Tag des Wolfes Tag des Baumes

Am 30. April wird der »NABU-Tag des Wolfes« gefeiert. Bei den Events in ganz Deutschland geht es um Informationen rund um den Wolf und um die Akzeptanzsteigerung für dieses bedrohte Wildtier. In erster Linie geht es aber vor allem um viel Spaß für Groß und Klein unter dem Thema Wolf.

Der WILDPARK SCHORFHEIDE beteiligt sich in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe »Zukunft Wolf« vom NABU-Barnim wieder am »Tag des Wolfes«. Es gibt einen großen Spaziergang mit mehreren Stationen rund um den Wolf durch den gesamten Wildpark, wobei die Besucher knifflige, spannende und lustige Aufgaben lösen und gleichzeitig viel über den Wolf lernen können. Kleine wie Große können Masken basteln, Buttons selber machen und Wolfsspuren in Gips gießen, und es wird natürlich auch viele Informationen rund um den Wolf geben.

Die Veranstaltung beginnt um 9 Uhr und endet um 16 Uhr. Gegen 15 Uhr kann den Wölfen bei einer Fütterung zugesehen werden. Dazu gibt es spannende Informationen zu den interessanten Wildtieren.

KATHARINA WEINBERG

»Zukunft Wolf« ist eine Fachgruppe des NABU Kreisverbandes Barnim, welche sich regelmäßig trifft. Sie setzt sich zusammen aus am Thema Wolf interessierten Menschen in und um Eberswalde. Jeder, der sich für die Akzeptanz der natürlichen Rückkehr einheimischer Tierarten einsetzen will, ist dort herzlich willkommen. Dabei ist Vorwissen nicht erforderlich. Grundlage für die Zusammenarbeit ist allein das gemeinsame Ziel, die Bevölkerung für den Wolf zu sensibilisieren.

Eberswalde (bbp). Der 25. April ist der Tag des Baumes. In der Prenzlauer Straße kam aus diesem Anlaß die dritte MAXE-Linde in den Boden. Wie vor einem Jahr half der Barnimer »Baumpapst« Dr. Andreas Steiner beim Pflanzen. Er begutachtete zugleich die Wuchsfreude der beiden 2015 gepflanzten Linden.



Foto: Kiezmagazin MAXE

Vor einem Jahr beging MAXE, das Kiezmagazin für das Brandenburgische Viertel (www.maxe-eberswalde.de) den Tag des Baumes erstmals mit einer eigenen Pflanzaktion im Kiez. MAXE wollte damals ein Zeichen setzen gegen den am 17. April 2015 im Wandlitzer Ortsteil Klosterfelde erfolgten Kahlschlag einer Allee mit 80 hundertjährigen Linden. Die dort gefällten Bäume waren zu einem großen Teil noch sehr vital. Ohne jede Notwendigkeit wurden damals die Alleeebäume mitten in der Vegetationsperiode gefällt.

lichem Bedarf ein. Seitdem überschlagen sich die Unterstützer dieser Straße mit Lob für diesen Schritt und preisen die Trasse als eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen der Region. Mantramäßig wird wieder besseren Wissens wiederholt, daß diese Straße die Ortsdurchfahrten wesentlich entlasten und eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität für viele Menschen bringen würde.

Bündnis 90/Die Grünen lehnten diese sogenannte Nordtrasse von Beginn an ab, da sie, fern von wichtigen städtischen Bereichen und mit nur wenigen Auf- und Abfahrten, keine wirksame Lösung für die innerstädtischen Verkehrsprobleme darstellt. Dem hohen Anteil an Quell- und Zielverkehr auf den vorhandenen Straßen im Zentrum kann so nicht begegnet werden.

Der Eberswalder Landtagsabgeordnete Axel Vogel von Bündnis 90/Die Grünen wird zu den Grundlagen der jetzigen Planungen und dem aktuellen Planungsstand nochmals eine kleine Anfrage im Landtag stellen.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen in der StVW Eberswalde

ALNUS e.V.: Nein zur B 167 neu

Unsere Region braucht ein klares Bekenntnis zur Natur, zum Klimaschutz und zum ökonomischen Wandel. Die Postwachstumsgesellschaft ist auf dem Weg. 195 Länder haben sich auf dem UN-Klimagipfel in Paris 2015 darauf geeinigt, die weltweite CO₂-Emissionsbilanz bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf Null zu reduzieren. Sparsames Wirtschaften, der Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe, der Umstieg in die Elektromobilität und die Wiederaufwertung des Schienenverkehrs sind Notwendigkeiten, wenn wir unsere Welt lebenswert erhalten wollen. Ein neues energieintensives Großprojekt wie die B 167, das von einer längst überholten Einschätzung der Situation und unhaltbaren Wachstumsprognosen ausgeht, wird langfristig keines unserer Probleme lösen, sondern vor allem den in Zukunft notwendigen Entwicklungen im Weg stehen.

Wir haben in den letzten 25 Jahren erlebt, wie in einer zunehmend globalisierten und soziale Verantwortung zurückweisenden Wirtschaft viele Produktionszweige obsolet geworden sind oder in Billiglohnländer ausgelagert wurden. Die Vorstellung, eine bessere Verkehrsanbindung könne diese Entwicklung rückgängig machen und ein goldenes Zeitalter der rauchenden Schornsteine und des sorgenfreien Wachstums wiederkehren lassen, ist absurd.

Eine neue Straße wird keine Arbeitsplätze schaffen. Wir haben es hier mit globalen Problemen zu tun, die auf regionaler Ebene nicht zu lösen sind, schon gar nicht mit Ansätzen aus dem 20. Jahrhundert.

Wir verkennen nicht, daß Anwohner der jetzigen Durchgangsstraße unter Lärm, Erschütterungen und Emissionen durch den Verkehr leiden. Aber das wäre auch mit einer neuen Trassenführung der Fall, nur würde es diesmal einen anderen Personenkreis treffen, darunter vor allem diejenigen, die im Umkreis der Stadt Erholung und Naturerlebnis suchen. Insbesondere der Bau des zweiten Abschnitts der B 167 neu durch den Eberswalder Stadforst und das Finowtal wäre mit einer für die Region beispiellosen Natur- und Landschaftszerstörung verbunden, die eine der schönsten Landschaften in der Umgebung von Eberswalde für lange Zeit entwerten würde. Dafür gibt es keinen Grund, und für die verkehrliche Entlastung innerstädtischer Bereiche gibt es andere Lösungsansätze. Auch ohne die neue B 167 kann Eberswalde leben und blühen, wie es das jetzt schon tut.

»Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel werden vielerorts als die größte derzeitige Herausforderung für die Menschheit angesehen. Damit geht einher, daß wir von gewohnten Verhaltensweisen abweichen und uns an neue ökologische, soziale und auch ökonomische Gegebenheiten anpassen müssen.« (Internetportal der Stadt Eberswalde)

Arbeitsgemeinschaft für Landschaftspflege, Naturschutz und Umweltbildung Eberswalde e.V.

Wir sagen Nein zur Ortsumgehung

Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Grüne erneuern ihr Nein zur B167 neu

Wir sagen nach wie vor Nein zu dieser Variante der Ortsumfahrung für Eberswalde, insbesondere zum 2. Bauabschnitt. Sollte der 1. Abschnitt von Finowfurt bis zur L200 in Nordend nach 20 Jahren erfolgloser Planung tatsächlich doch noch gebaut werden, muß für die Weiterführung der Straße unbedingt eine stadtnahe oder innerstädtische Lösung bis zur B 167 alt im Bereich des Ortsausgangs von Eberswalde in Richtung Sommerfelde gefunden werden.

Die bisher von den Planern angedachte Fortführung der Trasse von Eberswalde bis Bad Freienwalde würde einen unverantwortlichen Eingriff in wertvolle Landschaftsräume und aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens eine unvermeidbare Steuergeldverschwendung bedeuten. Landschaftszerstörung und finanzieller Aufwand stünden hier in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen. Daher wird diese Variante mit Sicherheit auf erbitterten Widerstand stoßen.

Der druckfrische Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplans stuft die geplante Ortsumfahrung für Finowfurt und Eberswalde, genannt B 167 neu, als Vorhaben mit vordring-

Es war in meiner Jugend, als ich noch ehrgeizig war und in meiner Heimatstadt am politischen Leben teilnahm. Ich Grünschnabel war gerade in die Riege der prominenten Vertreter des demokratischen Gemeinwesens vorgedrungen.

Voller Ideale engagierte ich mich für die mir damals richtig erscheinenden Positionen. Natürlich gab es noch eine Anzahl von Mitstreitern, die bei den Wahlen mithalfen oder sich sogar für politische Ämter bewarben. Uns alle verband das Streben nach bestimmten Grundwerten. Uns alle unterschied bei ehrlichem Meinungsaustausch häufig die Position, aber der faire Umgang miteinander ermöglichte uns, damit umzugehen, Kompromisse zu schließen und nahezu niemanden, der guten Willens war, völlig zu übergehen.

Doch dann wollte es das Schicksal, daß ein paar Personen aus unserem Kreis ein hohes Amt erhielten. Damit hielt die Logik der Macht Einzug in unsere Kreise. Nicht, daß Du mich falsch verstehst: Macht ist nichts Schlechtes. So wie es beim Glauben um Gott (Gut) und Teufel (Böse) geht, in der Justiz um Recht und Unrecht, so geht es in der Politik um Macht bzw. Ohnmacht. Kompliziert wird es, wenn diese Sphären miteinander vermischt werden. Gefährlich wird es, wenn eine dieser Sphären die anderen völlig beherrscht und verdrängt. Doch ich schweife ab.

Nun kam es vermehrt in unseren Kreisen zu Streitereien. Mir war das damals völlig unverständlich. Mal waren es politische Fragen, aber viel öfter waren es formale Fragen. Wie häufig im Leben, wurde auch häufig über das Geld gestritten. Dabei konnte ich beobachten, wie aus einer eigentlich belanglosen Sache ein Riesenstreit wurde: Zunächst wurde ein Brief zwischen zwei Personen ausgetauscht. Dann wurde dieser Brief von einem der Beteiligten an weitere Leser weitergeben. Besonders streitförderlich erwiesen sich unwahre oder halb wahre Behauptungen, Unterstellungen, persönliche

Eine Begegnung in Spanien (1):

Von der Logik der Macht

Während meiner Wanderung durch Spanien von Logrono nach Santa Domingo de la Calzada traf ich einen interessanten alten Mann. Dieser erzählte mir eine unglaubliche Geschichte. Sie ist es wert, Euch überliefert zu werden:

Angriffe und ein möglichst unsachlicher Stil. Am Ende eines solchen Streites kam es dann häufig zu einem Ausschluß oder einem Abschied im Streit.

Als Anlaß für diesen Streit bot sich eine Art von Fragen besonders an: Die Besetzung von Posten oder die Anordnung von Namen auf Listen. Dabei war es besonders wahrscheinlich, daß sich Einzelne zurückgesetzt oder übergangen fühlten. Da solche Fragen, jeweils nur für sich betrachtet, nicht für Kompromisse taugen, gab es häufig Gewinner und Verlierer. Die gesamte Gruppe war in diesen Momenten gezwungen, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. So entwickelte sich ein Streit zwischen Einzelnen zu einer Zerspaltung der Gemeinschaft.

Nun, warum erzähle ich Dir diese Geschichte? Nach vielen Jahren, ich war längst aus dem ehrgeizigen Politikgeschäft ausgeschieden, erfuhr ich, daß viele Dinge noch immer so liefen wie in meiner Jugend. Doch nun, als Außenstehender, wuchs in mir ein Verdacht: Sollte vielleicht gar nicht die Durchsetzung von politischen Positionen das Ziel der jeweiligen Akteure sein, sondern der Streit und die Spaltung selber??

Wie leicht ist es, einen Streit zu verursachen: Der Mensch ist ein fehlbares Wesen, und zu unser aller Eigenschaften zählen Dinge wie Ehrgeiz, Gier, Machthunger, Faulheit, Neid, Rechthaberei und nicht zuletzt die pure Dummheit. Wenn wir mit anderen Menschen verkehren, dann ereignen sich Mißverständnisse, es herrschen Vorurteile und Ängste.

Wer mit diesen menschlichen Schwächen umzugehen weiß, wer – ein konkretes Ziel, z. B.

an der Spitze einer Hierarchie vor Augen – zielstrebig und immer wieder die Mitmenschen gegeneinander aufbringt, der wird selbst als Schlichter, als Berater oder mindestens als Unterstützer gebraucht. Gebraucht zu werden, ist ein Machtgewinn. Das Prinzip gab es schon bei unseren Vorfahren, den alten Römern: Divide et impera (Teile und herrsche).

Doch so nützlich dieses Prinzip für den einzelnen Ehrgeizling ist, so schädlich ist es für seine Gruppe. Denn diese reduziert sich solange, bis keine selbstbewußten und engagierten Mitstreiter mehr übrig bleiben. Die verbliebenen Reste sind häufig nur lethargisch, ziemlich unaktiv und nach außen nicht besonders beliebt. Mit ihnen Wahlen gewinnen zu wollen, erweist sich als schwierig, denn sie verstehen gar nicht den Wert der ehemals wichtigen politischen Ansichten. In der Diskussion mit anderen politischen Gruppierungen oder den Wählern bleibt es den wenigen Streit-Gewinnern überlassen, zu überzeugen. Auch bleibt es an Ihnen, neue Mitstreiter zu suchen. Doch wer interessiert sich für eine Gruppe, die sich ständig durch innere Zwistigkeiten auszeichnet? Du ahnst es: Entweder die ahnungslosen Idealtypen, oder die skrupellosen Machtmenschen.

Also, und das ist Moral meiner Geschichte, Menschen, die gezielt spalten, sind das eigentliche Problem unserer Gemeinschaft gewesen. Sie zu demaskieren, und sie in ihre Schranken zu verweisen, sollten Gruppen anstreben, wenn Ihnen an demokratischem Wachsen und Gedeihen durch Teilhabe gelegen ist. Wohlgemerkt, nicht der Streit ist das Problem.

TILL UHLENSPIEGEL
(Fortsetzung folgt)

le

Eberswalde (mühle). Am zweiten April-Samstag wurde durch fleißige Mitglieder des Kunstvereins »Die Mühle e.V.« der jährliche Frühjahrsputz in der Zainhammermühle durchgeführt. Bis zur Wiedereröffnung des Kunsthauses am 1. Mai gibt es noch viel zu tun. Die Arbeiten werden bis zur letzten Minute laufen. Die Vereinsmitglieder werden dabei unterstützt von den drei Bundesfreiwilligen LIIBAN ABDI SALAD, ARVID HEINZE und ROLF THIELE.

Dann endlich kann der »Sommer in der Mühle 2016« mit insgesamt 29 Veranstaltungen starten. Nach sechs Jahren der Sanierung des Denkmals in eigener Regie und mit einem großen Teil Eigenleistungen der Vereinsmitglieder freuen sich die Müllerinnen und Müller darüber, Veranstaltungen nun auch wieder unter dem Mühlendach durchführen zu können. Da werden monatlich Konzerte auf der Bühne

Neustart in der Zainhammermühle



stattfinden, das Theater Akzent wird zum letzten Mal ihr Stück »Meine Schwester« aufführen, es wird einen Tangotanzkurs geben und natürlich im Erdgeschoß Ausstellungen der Vereinsmitglieder. Und der Verein bietet eine Vielzahl

von Workshops für Kinder und Erwachsene an. Während der 2. Eberswalder Familienwoche ab dem 19. Mai können Kinder allein oder mit ihren Eltern an Mal-, Filz- und Druckkursen und an einer Führung zur Geschichte der Mühle teilnehmen.

Zuvor am Pfingstmontag, dem Deutschen Mühlentag, wird es wieder die Straße der Mühlenkünstler im Garten der Mühle

geben. Und Kinder und Erwachsene können im Laufe des Sommers zum Filzen, Holzbasteln oder zu Clownworkshops in die Mühle kommen. Die Sommerpläne liegen ab sofort in der Stadt aus. Auf der Mühlenseite www.diemuehle.de

Die Internetgesellschaft (Teil 1)

Der »Horch & Guck-Dienst«

Eine Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie »Digitalisierung und du« (abzurufen unter: www.de.digital) wirbt für mehr Internet und verweist auf die Chancen der Digitalisierung. Chancen?

Sicher gibt es auch Chancen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, allerdings auch Risiken, die man nicht unterschätzen darf.

Übers Internet geben wir von uns Daten preis (zum Teil sehr intime), werden mittels Trojaner ausgespäht (nicht nur von Kriminellen) und taxiert (bezüglich Vermögen, Besitz, Reichtum, etc.) und einige sogar (mittels Lösegeld-Trojaner) zu Geldzahlungen erpreßt.

Dem nicht genug wird die Deutsche Telekom das analoge Telefonieren bis 2018 abgeschafft haben, dann kann man nur noch digitalisiert per IP telefonieren. Zur großen Freude der Regierung, da man nun alle Gespräche und Gesprächsdaten bequem aufzeichnen kann. Wir geben uns damit einer Überwachung preis, weit über dem Niveau der Staatssicherheit zu DDR-Zeiten. Somit geben wir auch ein wichtiges Stück Freiheit auf.

Es kommt aber auch darauf an, wer unsere Daten nutzt und wofür. Wenn diese Daten mißbraucht werden, sind sie klar in den falschen Händen. Das kann durchaus auch die eigene Regierung sein. Und die ist grundsätzlich an allen Daten interessiert, welche sie von den Staatsbürgern erhalten kann. Ihre Devise lautet: je mehr, je besser.

Für den einzelnen Bürger bedeutet das im Umkehrschluß: je weniger Daten die Staatsorgane von uns bekommen, um so besser für uns und unsere Freiheit. Daher sollte man das Internet auch nur noch mit Bedacht und Vorsicht genießen, denn es könnte sein, daß gerade der eigene PC ausspioniert wird vom »Guck&Horch-Dienst« der Bundesregierung.

Die Stasi des Ostens gab es ja auch damals im Westen, nur dort hieß sie anders (und sie hatten mutmaßlich auch andere Auftragsinhalte). Und es gibt sie noch heute.

Diese Staatsschutzdienste haben Namen wie MAD (militärischer Abschirmdienst), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie Landesbehörden für Verfassungsschutz, Polizeilicher Staatsschutz (dessen Aufgabe die Bekämpfung politisch motivierter »Kriminalität« ist), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das Bundeskriminalamt, dessen Ermittlungskompetenzen sich vornehmlich auf sogenannte »Staatsschutzdelikte« erstrecken (im Jahr 2002 erhielt das BKA sogar für seine weit-

gehenden Überwachungen den »Big-Brother-Award«) und auch der Bundesnachrichtendienst (BND).

Aber wie man im Fall der rechtsextremen Terrorzelle NSU erkennen muß, sind bereits diverse Staatsschutzdienste im Aufbau von Terrorzellen verstrickt (was nicht deren Aufgabe ist, sondern ihren Aufgaben geradezu widerspricht), indem sie beispielsweise reichlich Geld an Personen fließen lassen, V-Leute genannt, die dabei waren, eben solche Zellen aufzubauen. Die sogenannten »Verfassungsschützer« hatten zwölf Spitzel beim rechtsextremen »Thüringer Heimatschutz« (einer davon leitete diesen sogar zeitweilig) und fünf V-Leute sollen es um den NSU herum gewesen sein. Wobei sich natürlich die Frage stellt, ob der MAD, denen die V-Leute unterstellt gewesen sein sollen, von den geplanten (und auch durchgeführten) Attentaten im Vorfeld wußten (oder sogar aktiv beteiligt waren)? Immerhin werden noch immer Akten geheim gehalten oder sind »versehentlich« vernichtet worden.

Das BKA hat Programmierer in ihren Reihen, beziehungsweise nutzten Fachkräfte anderer Softwarefirmen (wie beispielsweise die von der Firma »DigiTask«), welche an einem Überwachungstrojaner arbeiteten (und auch noch an weiteren arbeiten?), auch Staatstrojaner genannt, die auf die heimischen PCs heimlich installiert werden sollen (natürlich nur bei bestimmten Personen und nicht flächendeckend – zur Zeit). Das Bundesverfassungsgericht hat 2008 die »Online-Durchsuchung« erlaubt. Die Anzahl der eingesetzten »Trojaner« ist im übrigen geheimhaltungsbedürftig. Sie sind als Verschlußsachen-Grad »GEHEIM« eingestuft.

Seit Eric Snowden, dem »Whistleblower«, wissen wir, daß es derartige Überwachungsversuche von Staatsorganen gibt. Und das nicht nur in den ansonsten so freiheitlichen USA. Das Ausmaß war viel größer, als es sich der Einzelne bis dahin ausdenken konnte. Und dies durchgeführt von angeblich demokratischen Regierungen. Sie verteidigen ihre Schnüffeleien mit dem Todschlagargument: »zur Terroristenabwehr und deshalb zum Wohle der Bevölkerung«. Damit scheinen sie wohl alles rechtfertigen zu wollen, auch den Abbau von Demokratie und Freiheit. Dennoch hat, laut Regierung, niemand die Absicht, einen Überwachungsstaat zu errichten.

Soviel zur politischen Dimension des Internets und der Digitalisierung der Gesellschaft. Es gibt hier aber auch noch andere Problemfelder. Dazu mehr in der nächsten Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«.

PIERRE SENS

»Spreewaldcafé«

Inmitten des Brandenburgischen Viertels von Eberswalde, in den Räumlichkeiten der Bildungseinrichtung Buckow e.V. in der Spreewaldstraße 20-22, öffnete das »Spreewaldcafé« seine Pforten.



Foto: GEFID MARRKANN

Im Rahmen eines Tages der offenen Tür der Bildungseinrichtung präsentierten wir am 21. April erstmals unser neu eröffnetes Café als Begegnungsstätte, das Integrationsprojekt für Langzeitarbeitslose, die Soziale Beratung, die Ausbildungsstätte für Hauswirtschaft und den Wohnverbund für Geflüchtete.

Das Café ist Bestandteil des Projektes »Integrationsbegleitung im Landkreis Barnim« unter dem Motto Beschäftigungschancen im Sozialraum und mit den Familien Investition in Ihre Zukunft und soll als Begegnungsstätte dienen. Das Café und die dahinter stehende Idee wurden gemeinsam mit den Projektteilnehmerinnen und -teilnehmern erarbeitet, maßgeblich mitgestaltet und umgesetzt.

Wir wollen mit dem Spreewaldcafé einen gemütlichen Anlaufpunkt im Brandenburgischen Viertel als Ort der Begegnung von Jung und Alt schaffen, in welchem sich die Menschen ausruhen, stärken und in geselliger Runde austauschen und vernetzen können.

Zudem soll in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement »Soziale Stadt« die sozialräumliche Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger im Brandenburgischen Viertel unterstützt werden.

Während der Öffnungszeiten steht damit ein offener Ort der Begegnung für alle, die nach Kommunikation und Austausch streben und sich perspektivisch auch aktiv an der Gestaltung des Stadtteils beteiligen wollen zur Verfügung.

Zunächst öffnet das Café in der Spreewaldstraße 20-22 zweimal in der Woche. Die Öffnungszeiten sind vorerst Dienstag und Donnerstag jeweils von 14 - 17 Uhr.

Die Räumlichkeiten in der Spreewaldstraße werden zukünftig auch für Familienfeiern und ähnliche Anlässe zur Verfügung stehen.

Die Preise des Spreewaldcafés sind auf der Grundlage der Selbstkosten kalkuliert. Die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer bringen sich ehrenamtlich ein, so daß auch Menschen mit geringem Einkommen nicht von der Teilhabe ausgeschlossen sein werden.

MORITZ MARC

Flüchtlingsbetreuung und Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen und Familienbedarfsgemeinschaften im Landkreis Barnim

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

internet: www.barnimer-buergerpost.de

In der Nähe des Dorfes nahe der Kreisstadt, in dem die Familie des Abschnittsbevollmächtigten (ABV) Bummeloh wohnte, gab es eine Besonderheit: In der weiteren Umgebung des Dorfes existierte eine große Garnison, der in der damaligen DDR zeitweilig stationierten sowjetischen Streitkräfte, mit Teilen einer Armee nebst Stab. Man hatte die von der deutschen Wehrmacht eroberten Militäranlagen, große Kasernenkomplexe mit allem drum und dran, in Nutzung genommen – einschließlich eines ausgedehnten Schießplatzes für alle möglichen Waffen, bis hin zu großkalibrigem Schießgerät. Diese Anlage, zur damaligen Zeit und Lage, wirkte schon nicht mehr sonderlich auf die Bewohner, man hatte sich daran gewöhnt. Doch waren auch bei Gewohnheiten Ausnahmen nicht ausgeschlossen.

Und so sollte es kommen! Frieda Bummeloh hatte Haushaltstag. Diese gesetzlich monatlich festgelegte freie Arbeitszeit war hier eine soziale Errungenschaft für die Frauen. Die Bummeloh nahm den Haushaltstag in der Regel freitags, seltener montags und schon gar nicht mitten in der Woche. An diesen Tagen – und wenn es der Dienstplan ihres Mannes erlaubte – frühstückte man ausgiebig und in aller Ruhe. Beim genüßlichen Schlürfen des Kaffees schauten sich beide unverwandt an.

»Geht's wieder los?« fragte sie. Hinterm Horizont grummelte es jedenfalls. Vereinzelt vernahm man fernen Geschützdonner. Auf dem Schießplatz begann es sich also zu regen!

»Aha«, meinte ihr Mann der ABVer, »die Kameraden ballern wieder. Weißt du Friedchen, man braucht überhaupt nicht mehr auf den Kalender zu gucken, das können wir uns sparen, es ist schon wieder Freitag, Liebes.«

In der Tat – meist freitags war Übungszeit auf dem Schießplatz. Das war schon Usus, mitunter aber auch das ganze Wochenende. Mit Küßchen verabschiedete sich ihr Angetrauter zum Dienst. Zuvor hatte er sich dienstfertig gemacht. Uniform gerichtet, Kartentasche umgehängt, Koppel mit Dienstwaffe umgelegt und Schutzhelm aufgesetzt. Dann bestieg er das Kleinkraftrad »Schwalbe« und fuhr mit erhobener Hand vom Hof. Sie winkte ihm nach. Dieser Tag, ein wunderschöner Vorsommertag, sollte ein Leben lang in ihrem Gedächtnis haften bleiben. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Als Frau Bummeloh die üblichen alltäglichen Hausarbeiten hinter sich und sich darauf der Kleintierfütterung gewidmet hatte, ging es los. Vor dem Einkaufen wollte sie noch als Kompott zum Mittag im Garten hinter dem Haus ein Schüsselchen Erdbeeren pflücken. Als sie sich vom Erdbeerenpflücken ganz verkrümmt aufrichtete, recken und strecken wollte, hörte sie hinter sich ein Geräusch. Ein helles, metallisches Scheppern, als wenn beim Abwasch Bestecke aneinander geraten. Natürlich drehte sie sich sofort dorthin, um zu schauen, was da wohl sei. Was jetzt geschah, war ein Alb und lief in Sekunden ab. Frieda Bummeloh erschrak und erstarrte fast zur Salzsäule. Ihre Handflächen waren schlagartig feucht gewor-

Der ermordete ABV (2)

frei nach einer wahren Begebenheit von DIETER KEMPFERT

Man schreibt das Jahr 1976. In einer historisch gewachsenen traditionellen Industrieregion pulsiert das Leben. Zu den zahlreich in der Umgegend stationierten sowjetischen Militäreinheiten gibt es feste Patenschafts- und ausgeprägte persönliche freundschaftliche Beziehungen, die durch ein tragisches Vorkommnis nachhaltig belastet wurden. Ein Deserteur der Sowjetarmee hatte auf der Flucht einen Volkspolizisten erschossen. Wie konnte das passieren?

den, im gleichen Moment traten dicke Schweißperlen auf ihre Stirn und ihr wurden die Knie weich.

Etwa drei, vier Meter von ihr entfernt stand ein Rotarmist. Die Figur strahlte Gefahr aus, war furchterregend anzuschauen. In so einer Verfassung hatte sie die jungen Burschen in Uniform noch nie gesehen, den Stahlhelm auf dem Kopf bedeckte ein engmaschiges grau-grünes Netz. Ganz anders, als jene, die im Herbst ihren Garten in Drillchuniform zwecks Äppelklau heimsuchten. Und überhaupt nicht wie die Armisten zu den Jahrestagen der Oktoberrevolution und der Roten Armee in ihren schmucken Paradeuniformen, jenen Feierlichkeiten, zu denen sie jährlich eingeladen waren. Es war ja auch nicht eine richtige Uniform, was der Soldat anhatte, sondern so was wie eine gefleckte Kombi. Ein Kampfanzug, wie ihr Heinz immer sagte. Hatte er auch selbst bei Übungen der VP übergestreift.

Mit einem flüchtigen Blick, vor Angst zitternd, überflog sie die Gestalt, es gab kaum einen leeren Fleck an der Kombi, alles war mit Waffen bestückt. Quer vor der Brust eine Maschinenpistole, wie sie auch ihr Mann bei Übungen trug. Er nannte das Tötungsgerät Kalaschnikow, fiel ihr noch ein. Am Gürtel oder Koppel, wie das so heißt, hingen lauter runde Dinger, wohl Handgranaten. Mehr konnte sie auf die Schnelle nicht erkennen, denn schon machte der Eindringling ernst. Fahl, mit versteinertem Gesichtsausdruck, den Zeigefinger auf den Mund gepreßt, zischte er durch schmale Lippen: »Pst Frau! Pst ... sonst tot!« und deutete dabei auf ein langes Messer, was an seinem Koppel hing. »Essen, Wasser, schnell, schnell!« kam's in gebrochenem Deutsch, begleitet von entsprechenden Handbewegungen. Was ist denn in den gefahren, dachte sie noch. Der sieht ja aus, als wenn er von der Truppe abgehauen und auf der Flucht ist. Wenn schon. Soll ja vorkommen! Aber muß der gerade hier und jetzt aufkreuzen, wo ihr Mann zum Dienst ist?

Sie begab sich flugs in die Küche zum Kühlschrank. Viel war ja nicht mehr drin, es sollte ja noch eingekauft werden fürs Wochenende. Im Brotkasten lag lediglich ein halbes Brot. Ach ja, da war ja noch Speck und Bratwurst vom letzten Schlachten. Vor Angst bebend, reichte sie dem Eindringling Brot, einen Kringel Bratwurst und Speck sowie eine Saftflasche mit Wasser hin. Am liebsten hätte sie es ihm vor die Füße geworfen, resolut wie sie war, doch ihre Todesangst hielt sie davon ab. Das Drama schien beendet, rückwärts gehend, eher

tastend, sie dabei immer im Auge behaltend, zog sich der Soldat zum hinteren Gartenzaun zurück, stieg darüber und verschwand in Richtung einer Feldscheune mit Remise.

Tief durchatmend verfolgte sie ihn mit ihren Blicken, dabei hielt sie sich an einer Regentonne fest und konnte alles noch gar nicht glauben. Ihr Hund Bosko war zurzeit nicht auf dem Gehöft. Zum Glück auch! Der agile Boxerrüde hätte den Soldaten mit Sicherheit angegriffen und zu stellen versucht. Und jener, darin war sie sich sicher, hätte das Tier bestimmt umgebracht. Gott sei dank war es dazu nicht gekommen, betonte sie im Nachhinein.

Der elfjährige Enkel nämlich machte per Fahrrad mit dem vierbeinigen Familienfreund schnell noch eine Runde durch den nahen Forst, bevor er mit dem Fahrrad zur Sportstunde fuhr. Der Enkel wohnte bei Oma und Opa, wenn die Eltern des Jungen auf Dienstreise waren, und das war nicht selten.

Als die beiden zurückkehrten, gebärdete sich der Hund wie wild, Das Tier wollte unbedingt über den hinteren Gartenzaun springen, genau an der Stelle, wo der Soldat verschwand. Oma und Enkel hatten Mühe, das Tier zu bändigen. Indem der Junge den Hund festhielt, rannte sie zum Telefon, wollte das Gemeindebüro haben... , kam aber ellenlang nicht durch! Dann doch endlich!

Ohne jegliche Ankündigung schrie sie in den Hörer. Bei ihr sei ein Sowjetsoldat im Garten eingedrungen, ungewöhnlich massiv bewaffnet! Er hätte sie bedrängt und zur Herausgabe von Lebensmitteln genötigt. Dann sei er, wie sie noch sehen konnte, in Richtung Feldscheune verschwunden. Der Bürgermeister versuchte sofort, den ABV zu erreichen, was aber nicht gelang, da sich der Ordnungshüter wohl gerade auf Streifenfahrt befand, wie ihm noch einfiel. Er mußte sich was anderes einfällen lassen. Hauptwachtmeister Bummeloh war schon seit längerem einem Wilddieb auf der Spur. Den Burschen wollte er heute in Flagranti erwischen. Daraus sollte aber nichts werden! In einer Kurve wurde er plötzlich von einem Mopedfahrer überholt, der sich dann auch noch frech in seine Spur drängte und ihn ausbremste. Der Ordnungshüter war sehr ungehalten. Gerade wollte er den Verkehrsrowdy zur Ordnung rufen und belehren, da erkannte er die Lage, allerdings zuerst das klapprige Zweirad und darauf erst den Kerl. Es war Erwin, einer der Freiwilligen Helfer der VP aus dem Nachbarort.

(Fortsetzung folgt)

6. Völkerballturnier der Toleranz

Eberswalde (bbp). »Sportlich fair gegen Rassismus« kämpften am 23. April elf Mannschaften in der Sporthalle des SV Motor in der Potsdamer Allee um den Wanderpokal »Eberswalder Völkerball-Turnier für Toleranz«. Es war bereits die 6. Auflage des jährlichen Sportevents des Sportvereins Zonenboys Eberswalde e.V.

Die Sportler von »TheosGym«, in den vergangenen fünf Jahren die Dauerabonnenten für den Siegerpokal, schieden diesmal im Viertelfinale aus und kamen nur auf Platz 5. Damit konnten die Eberswalder aber beide Teams der gastgebenden Zonenboys klar distanzieren. Während die 2. Mannschaft der Zonenboys es bis ins Viertelfinale und auf Platz 8 schaffte, blieben die Zonenboys I in der Vorrunde stecken und landeten am Ende auf Platz 9 vor dem Berliner Team IRON MAIDENS. Den Ehrenplatz unter den elf Mannschaften erreichte »Willkommen in Eberswalde«.

Nach dem Kampf um Platz 3 zwischen den beiden im Halbfinale unterlegenen Mannschaften, den die Völkerballer vom »Vorspiel SSL Berlin e.V.« gegen das Lieper Team »Die 5% Hürde« gewannen, gab es das Finale zwischen »Den verwirrten Häppchen«, ebenfalls aus Liepe, und »PriKaKoNo« aus Bernau. Mit 4:0 Punkten standen am Ende die Sportler von »PriKaKoNo« als Sieger des 6. Völkerballturniers der Toleranz fest.

Den FAIR PLAY POKAL erhielt das Team »Willkommen in Eberswalde«, eine bunt gewürfelte Truppe mit Kiezbewohnern aus dem Brandenburgischen Viertel, Alt- und Neu-Eberswalder und der Quartiersmanagerin »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel Johanna


Photo: GR-Photo

Johne-Akçinar in ihrer Mitte. Ihr Mitspieler Erik Pfaff vom Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde« berichtet: »Tatkraftig unterstützt haben uns zwei Neueberswalder aus Syrien; Ibrahim und Ahmad. Die beiden begleiten wir schon seit Oktober in ihrer neuen Heimat. Etwas schwierig war es, den beiden die Spielregeln verständlich zu erklären, da es kein vergleichbar ähnliches Spiel in der arabischen Welt gibt. Sie lernten wie immer sehr schnell und hatten mit uns und den anderen Teams viel Spaß und Freude beim Völkerball.«

Die beiden anderen Sonderpreise gingen nach Berlin. Die IRON MAIDENS nahmen den PARTY TEAM POKAL mit nach Hause, während als BESTER SPIELER Matthi vom Team der MANOWARRIORS geehrt wurde.

Die Versorgung hatte die Crew der Zonenboys wie immer gut im Griff, auch wenn die räumlichen Verhältnisse keinen Platz für die Zonenboy-Grillbude ließen. Wie immer war auch Bäckermeister Karl Diedrich mit seiner »Backfee« vor Ort. Beim Backen seiner Nonnenfurchen erhielt er diesmal spontane Unterstützung von mehreren zwischen 6 und 9 Jahre alten Flüchtlingskindern, die mit großer Begeisterung bei der Sache waren.


Photo: RG-Photo

JAZZ in E

Der Festivalblog ist bereits eingerichtet und Thomas Melzer hat eine Vorschau zu den Tagen vom 4. bis 7. Mai 2016 verfaßt. Sein Text »Wir werden uns wundern - Jazz in E. will in diesem Jahr den Blues wiederbeleben« findet sich unter www.mescal.de/jazz-in-e/blog.html.

Programmhefte, Eintrittskarten, die neuen Festival-T-Shirts etc. gibt es bereits jeden Sonnabend um Halbfünf bei Guten-Morgen-Eberswalde!

Flohmarkt in Finow

Am 21. Mai öffnet der erste Flohmarkt in Finow von 10 bis 16 Uhr auf dem Gelände am Schwanenteich in der Marktstraße 4 seine Tore. Interessierte können sich ab sofort für einen Stand anmelden (Tel. 0171-7677001, eMail: vorsitzender@stadtteilverein-finow.de). Für die Kleinsten lädt eine Hüpfburg zum Toben ein. Für das leibliche Wohl werden ein Grillstand und ein Eiswagen vor Ort sein.

RONNY FÖLSNER, Stadtteilverein Finow e.V.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Die Rieseneiche im Eichhorntal

Sonntag, 1. Mai, Wanderung im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark (9 km)

Wir laden Sie ein zu einer geführten Rundwanderung auf polnischer Oderseite. Gestartet wird in Hohenwutzen. Gemeinsam fahren wir zum Ausgangspunkt der Wanderung, dem Bahnhof Siekierki (Zäckerick). Entlang dem wunderschönen Fließ öffnet sich das Tal ab und an mit herrlichen Fischteichen. Wir besuchen die Rieseneiche und machen Rast. Rückweg. Tourleiterin ist Corinna Gerber.

Die Tour ist Teil der bundesweiten Wanderaktion zur biologischen Artenvielfalt des Bundesamtes für Naturschutz www.wandertag.biologischesvielfalt.de.

Treff: 13.30 Uhr Hotel »Zur Fährbuhne« in Hohenwutzen, Fährweg 17.

Weltnaturerbe Grumsiner Forst

Sonntag, 8. Mai, Wanderung durch die Schutzzone 1 des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin (ca. 6-8 km), maximal 30 Teilnehmer

Dr. Michael Luthardt (Forstwissenschaftler und Leiter des Kompetenzzentrum Forst Eberswalde) führt durch den wunderbaren Buchenwald und die Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forsts, welcher als Unesco-Weltnaturerbe anerkannt wurde.

Die Wanderung mit Erläuterungen wird ca. 3 Stunden dauern. Festes Schuhwerk wird dringend empfohlen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Besuch des Atelier Louisenhof ist eingepreist.

Treff: 13:30 Uhr Kirche, Angermünde Ortsteil Altkünkendorf, Altkünkendorfer Straße 19.

Gebühren: Erwachsene 4 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 2,00 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Pfingstkonzert am Baasee

Pfingstsonntag, 15. Mai, Wanderung zum Baasee (8 km)

Der bekannte Baasee Wirt Klaus Schluchter startet an diesem Tag eine besondere Tour. Es geht durch Kehlen und Schluchten über teils weniger bekannte Wege zum Baasee.

Dort erwartet die Wanderer um 14 Uhr eine tschechische Blaskapelle in uriger Atmosphäre an der Waldschänke. Kaffee, Kuchen und andere Leckereien werden angeboten. Der Rückweg zum Ausgangspunkt kann individuell über den Pflasterweg (800m) erfolgen.

Treff: 10 Uhr, Schloßplatz Sonnenburg, Bad Freienwalde Ortsteil Sonnenburg.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.



Tag der Befreiung

Gedenken
am 8. Mai

Foto: Gerd Markmann

Eberswalde/Bernau (bbp). Aus Anlaß des 71. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus rufen die Stadt Eberswalde und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft zu einer Kranzniederlegung am 8. Mai auf. Sie findet um 10 Uhr am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof an der Freienwalder Straße statt und wird vom Chor IWUSCHKA musikalisch begleitet. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, an diesem Tag den bei der Befreiung unserer Stadt und Region gefallenen Sowjetsoldaten ehrend zu gedenken.

Auch in Bernau wird am 8. Mai dem Tag der Befreiung gedacht: Um 17 Uhr in der Mühlenstraße am Sowjetischen Ehrenmal und anschließend am Deserteurdenkmal und am Markt.

Mitgliederversammlung

Eberswalde (bbp). Die Jahresmitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. findet in diesem Jahr am 10. Mai statt, wie immer im Bürohaus Ulrich-Speicher in der Friedrich-Ebert-Straße 12. Neben der Beschlußfassung zum Jahresabschluß 2015 stehen die Berichte des Vorstands und des Projektbereichs BBP sowie Diskussionen zur weiteren Entwicklung von Zeitung und Verein auf der Tagesordnung. Die Versammlung beginnt um 16 Uhr.

Tohuwabohu mit Film

Eberswalde (prest-ew). Im Rahmen der Kulturreihe *Tohuwabohu – Kulturinterventionen*, die zu Vielfalt und Verstehen anstiften sollen, findet eine Filmvorführung im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio statt. Am Freitag, dem 29. April, 19.30 Uhr, wird der deutsche Kulturfilm »Good Bye Lenin« mit arabischem Untertitel und bei freiem Eintritt gezeigt. »Ich freue mich, daß wir im Rahmen der Reihe auch das Genre Film bedienen können.«, so Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher.

Erster Mai in Bernau

Bernau (bbp). Die Maifeier in Bernau beginnt um 10 Uhr in der Bürgermeisterstraße. Im Mittelpunkt steht eine Diskussion zu »Leiharbeit, Mindestlohn, prekäre Beschäftigung, Renten«. Darüber hinaus gibt es bis 14 Uhr ein buntes Programm aus Politik, Kultur, Musik und Spaß.

Die Schwarze Macht

Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg lädt am Montag, den 2. Mai, um 19 Uhr zu Vortrag und Diskussion mit SPIEGEL-Korrespondent Christoph Reuter ins Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio nach Eberswalde ein. Christoph Reuter wird die entscheidenden Thesen seines Buches *Die Schwarze Macht. Der »Islamische Staat« und die Strategien des Terrors* zusammenfassen und mit dem Publikum diskutieren.

Mit den Eroberungszügen des IS im Jahr 2014 schaffte es die Terrormiliz in die westlichen Medien. Heute herrscht der »Islamische Staat« über mehr als fünf Millionen Menschen und eine Fläche von der Größe Großbritanniens. Spiegel-Korrespondent Christoph Reuter recherchierte in der Region über den IS und analysiert den präzise geplanten Aufstieg der Dschihadisten. Er beschäftigt sich in seinem Buch »Die Schwarze Macht« mit den Wurzeln des Terrors – im zerfallenden Irak, im syrischen Bürgerkrieg und in den vielfältigen Konflikten der Region, die die Strategen des Terrors geschickt für ihre Zwecke zu nutzen wissen. Sein Vortrag wird die entscheidenden Thesen des Buches zusammenfassen.

Christoph Reuter, geboren 1968, gehört zu den letzten westlichen Journalisten, die noch direkt aus Syrien und dem Nordirak berichten. Der studierte Islamwissenschaftler und »Journalist des Jahres 2012« spricht fließend Arabisch und berichtet seit Jahrzehnten aus den Krisenregionen der islamischen Welt, zunächst für Die Zeit und den Stern, seit 2011 als Korrespondent für den Spiegel. Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird zu Planungszwecken gebeten: anmeldung@boell-brandenburg.de.

BRITTA STEELS,

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.

www.barnimer-buergerpost.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 23. April 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 18. Mai 2016.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)